Sonntag, 19. Februar 1922. | Einzelnummer 15 Mark. | 61. Jahrgang. Nr. 41.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis M.
in der Geschäftsstelle 250.—
in den Ausgabestellen 260.—
durch Zeitungsboten 300.—
am Postamt . . . . 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Anzeigenpreis f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 40.— M
Reklameteil 120.— M
Für Aufträge aus Deutschland . 3.50 M
im Reklameteil 10.— M in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200 233 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

„Der Schutz der Westmarken."

In Nr. 34 des „Kurjer Pozn." (11. Februar 1922) behandelt Herr St. Kozicki, einer der Väter der O. K. Z.-Bewegung, in einem Leitaufsatz die Aufgaben des Westmarkenvereins. Er spricht dort von der Gefahr, die nach seiner Ansicht der Republik Polen von Deutschland droht, und erklärt die Sicherung der Westgrenze in politischer und strategischer Beziehung für die wichtigste Aufgabe der polnischen Politik. Er schreibt:

„Nicht nur die Regierung, sondern die gesamte polnische Bevölkerung muß die Erfüllung dieser Aufgabe auf sich nehmen. Die Reibung zwischen Polen und Deutschland ist nicht nur ein Wettbewerb zweier Staaten, sondern auch ein Wettbewerb zweier Nationen. Im Grenzgebiet befehdet sich das polnisch-nationale Element mit dem deutschen Element. Im Verlaufe ganzer Jahrhunderte sahen wir, wie außerhalb der deutschen Staatsgrenzen das deutsch-nationale Element sich ausbreitete, wie es Stellungen einnahm, wie es den Boden zur Verschiebung der Staatsgrenze vorbereitete. Wir alle wissen, wie im Laufe des Jahrhunderts die Grenze zwischen der germanischen und der slawischen Bevölkerung bedeutend nach dem Osten sich verschoben hat. Gegenwärtig leben wir in einer Periode des Zurückweichens des deutschen Elements. Die letzte Volkszählung bewies, welchen Fortschritt der Vorgang der Entgermanisierung in Großpolen und Pommerellen gemacht hat. Dort, wo es deutsche Mehrheiten gab, haben wir heute polnische Mehrheiten, Städte wie Bromberg, Graudenz, Thorn, sind heute polnische Städte. Posen hat heute den höchsten Prozentsatz polnischer Bevölkerung von allen Städten ganz Polens. Aber die neuen Posten sind zu festigen der Vorgang des Abflusses des Deutschtums muß verstärkt werden, die bedrohten polnischen Posten müssen verteidigt werden. Denken wir auch daran, daß außerhalb der Grenzen Polens, in Oberschlesien, Ermland, Masuren usw. eine bedeutende Zahl polnischer Bevölkerung sich aufhält, die sich gegen die Entnationalisierung wehren muß.

Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß nach einiger Zeit das deutsche Element versuchen wird, von der Defensive zu der Offensive überzugehen und daß dann seitens der polnischen Bevölkerung eine große Anstrengung nötig sein wird, um diesen deutschen Druck aufzuhalten. Aus dem Gesagten geht mit aller Klarheit hervor, daß in Polen eine Einrichtung notwendig ist, die der Organisierung der nationalen Arbeit in den Westmarken gewidmet wäre, die nicht nur unmittelbar wirken würde, sondern auch die Anregung für neue Arbeiten zu geben und die Bestrebungen einzelner Personen und Vereine zu harmonisieren hätte."

Auch hier also wieder die Lärmtrommel, die, wie wir gestern berichteten, seit einigen Tagen in der Warschauer Presse gerührt wird, das Geschrei von der angeblichen deutschen Gefahr, die Heraufbeschwörung neuer Gegensätze, neuen Mißtrauens, neuer Gereiztheit. Das nennt sich „Schutz der Westmarken". In Wahrheit ist es eine Aufhetzung der polnischen Bevölkerung gegen die Deutschen, und man erhält aus diesem Aufsatz und aus anderen ähnlichen Äußerungen der Okazisten den Eindruck, daß ihnen die Beruhigung, die seit dem Sommer 1921 immerhin bis zu einem gewissen Grade eingetreten ist, nicht willkommen ist, und daß ihnen daran liegt, die Flamme der Deutschfeindlichkeit zu schüren und nicht verlöschen zu lassen.

Wann beginnt die Genuakonferenz?

Das Reutersche Bureau erfährt, daß in britischen amtlichen Kreisen keinerlei Anregung aus Rom eingetroffen sei, die Genueser Konferenz zu verschieben. Die Nachrichten aus der italienischen Hauptstadt deuten im Gegenteil darauf hin, daß eine Verschiebung nicht notwendig und nicht einmal gut sein würde.

Der „Matin" meldet aus London, der italienische Botschafter in London, de Martino, hat sich am Mittwoch auf das Foreign office begeben, um Lord Curzon im Namen der italienischen Regierung die Versicherung zu geben, daß das Kabinett Bonomi nicht nur nicht beabsichtige, einen Aufschub der Genueser Konferenz vorzuschlagen, sondern daß sie im Gegenteil die Absicht habe, ihr Möglichstes zu tun, damit die Konferenz an dem vorgesehenen Datum, dem 8. März eröffnet werde.

Diese Nachricht in Verbindung damit, daß Lloyd George sich nach wie vor seit zehn Tagen weigert, auf den Verschiebungsvorschlag der Poincaré-Note überhaupt zu antworten, wirkt in Paris katastrophal. Die Pariser Presse gewöhnt sich Poincaré gegenüber bereits Töne an, wie sie jedem französischen Ministerpräsidenten früher oder später gewidmet werden. Man ist unzufrieden. Man hat das Gefühl, daß Lloyd George mit seiner passiven Resistenz gegen die Person Poincarés Erfolge haben könnte. Besonders wichtig ist, daß in den Wandelgängen der Kammer die Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik im Falle einer Nichtverschiebung der Konferenz von Genua nicht verhehlt wird.

Dr. Benesch soll allerdings im Namen der Kleinen Entente bei der italienischen Regierung um die Verschiebung der Konferenz in Genua um drei Wochen nachgesucht haben.

Rußland und Genua.

Moskau, 17. Februar. Die Sowjetpresse führt weiter einen scharfen Feldzug gegen Frankreich. Im Zusammenhang mit dem Bestreben Frankreichs, die Konferenz in Genua hinauszuschieben, möchte die Sowjetregierung, angetrieben durch die sich immer mehr verschlechternde wirtschaftliche Lage des Landes und die furchtbare Hungersnot, die Eröffnung der Konferenz beschleunigen, weil sie von ihr erwartet, daß sie die zum Wiederaufbau nötigen Schritte unternimmt und allein schon durch die Teilnahme an der Konferenz seine Autorität im Innern befestigen wird.

Die „Prawda" greift die französische Regierung sehr scharf an und schreibt: Poincaré verlangt von Sowjetrußland entweder eine grundsätzliche Änderung seiner Rechte im Innern oder die Einführung des kapitalistischen Systems; eine derartige Forderung steht mit dem in Cannes gefaßten Beschluß, welcher davon spricht, daß kein Staat sich in die inneren Angelegenheiten eines andern mischen darf, im Widerspruch. Diese unverschämte Forderung des französischen Imperialismus, schreibt das Blatt, versetzt Rußland in die Lage der Türkei, wo die Herren Europäer ohne Rücksicht auf die türkischen Rechte Gebiete inne haben, und auf diese Weise einen Staat im Staate bilden.

Zum Schluß gibt das Blatt der englischen Regierung den Rat, alle französischen Ansprüche zurückzuweisen. Das Blatt spricht die Hoffnung aus, daß die Konferenz nicht vertagt wird.

Der Kurs der deutschen Politik.

Dr. Rathenau im Reichstag.

Berlin, 16 Februar. Die Tagesordnung der Donnerstagssitzung im Deutschen Reichstage umfaßte u. a.: Die erste Lesung des Gesetzentwurfes über den deutsch-schweizer Vertrag über das Schiedsgericht; bei diesem Anlaß ergriff der neue Außenminister Dr. Rathenau das Wort und stellte sich dem Hause in seinem neuen Amte vor. In seiner Ansprache bemerkte er, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, um über die Tendenzen und Ziele seiner Außenpolitik zu sprechen, er empfahl dagegen die Annahme eines Gesetzes, welches ihm als ein gutes Vorzeichen für die glückliche Zukunft der Deutschen erscheint, weil diese ihren Standpunkt in der Schlichtung strittiger Fragen durch Schiedsspruch vollkommen geändert haben.

Die Aufgaben der Regierung.

Berlin, 16. Februar. Der Mittwochsieg des Kabinetts Dr. Wirth hat bei weitem nicht alle Hindernisse der Regierung, die gegenwärtig die Politik Wirths verfolgt, beseitigt. An erster Stelle steht die Steuerfrage, und der Kanzler muß erneut eine Mehrheit für diese Angelegenheit suchen. Die betreffenden Verhandlungen sollen Anfang nächster Woche beginnen. Ihr Ziel ist die Erweiterung der Regierungskoalition durch Einbeziehung der Deutschen Volkspartei. In diesem Falle wird es notwendig sein, die Wünsche dieser Partei mit den Bedingungen in Einklang zu bringen, von denen die Mehrheitssozialisten nicht zurücktreten wollen. Für den Fall, daß ein neues Steuerkompromiß abgeschlossen und die Regierungskoalition erweitert werden würde, gewänne das Kabinett Wirth auch nach außen hin an Bedeutung.

Berliner Pressestimmen.

Berlin, 17. Februar. (Tel.-Un.) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mahnt, den Parteizank aufzugeben und meint, das wesentlichste Plus, das für die Regierung Wirth sprach, sei in den Tatsachen zu suchen, daß eine Kabinettskrise, durch die das Suchen nach einer neuen Koalition erforderlich geworden wäre, vor ein Vakuum geführt hätte, das im Hinblick auf Genua unertragbar gewesen wäre.

Der „Vorwärts" stellt fest: Das Ergebnis der Abstimmung ist für Deutschland erfreulich, für die Koalition ermutigend, für die Opposition beschämend. Das Volk hat die Kulissenschieberei und die Krisenmacherei satt bis oben. Treiben wir mit allen, die guten Willens sind, im Interesse der Massen, des schaffenden Volkes, nüchterne, sachliche, praktische Politik. Dann kommen wir durch.

Die „Germania" nennt die Abstimmung einen großen Erfolg für die Politik der Regierung und eine persönliche Genugtuung für den Kanzler.

Die „Deutsche Tageszeitung" befürchtet, daß Wirths äußere Erfüllungspolitik sich jetzt noch mehr auf dem Wege in den Abgrund halten werde und urteilt ferner: Innerpolitisch bildet der Sieg des Reichskanzlers den Beginn einer neuen Schwächung der Staatsautorität zugunsten des linksradikalen Parteiterrors und auf Kosten des Bürgertums. Der wachsende Einfluß der Unabhängigen auf die Entschlüsse der Regierung dürfte sicherlich die Deutsche Volkspartei zu größter Vorsicht hinsichtlich ihrer Zugeständnisse in Steuerfragen bewegen.

Der „Berliner Lokalanzeiger" betont, man solle den Sieg Dr. Wirths nicht überschätzen. Seine Koalition ist — gerade die jetzt mit dem Vertrauensvotum beendete Aussprache beim Eisenbahnerstreik hat das mehr als je erwiesen — von inneren Gegenständen zerklüftet.

Der „Tag" spricht vom Unabhängigen-Sozialistensieg.

Die „Berliner Börsenzeitung" urteilt: Dr. Wirth wird sich vor Augen zu halten haben, daß die Mehrheit mit indirekter Unterstützung der Unabhängigen zustande gebracht wurde, mit welch letzterer er keine positive Politik machen kann.

Die „Zeit" ist der Ansicht, die Krise des Kabinetts Wirth hat die Luft gereinigt und manchen besinnlicher gemacht. Ob Herr Dr. Wirth geht oder bleibt, er wird sich sagen müssen, daß es auf dem bisherigen Wege und nach den bisherigen Methoden nicht weiter geht.

Die Lage in England.

Weitere Einzelheiten über die Haltung der Extrem-Konservativen im Unterhaus, Chamberlain gegen Lloyd George, lassen erkennen, daß die Stellung der englischen Regierung tatsächlich ernst bedroht ist. Man erklärt jetzt, daß Chamberlain den unzufriedenen Konservativen nicht nur gesagt hat, sie möchten sich bis zu den Neuwahlen gedulden, sondern auch, die konservativen Parteien würden sich bei den Neuwahlen nur noch als die Partei der Konservativen, und nicht mehr unter dem Namen der Unionisten präsentieren, und es werde von Koalitionsmandaten dann nicht mehr die Rede sein. Lloyd George werde seine Kandidatur seinerseits als Liberaler präsentieren. Die bisherigen Koalitionsgruppen sowie die Liberalen und Konservativen würden jedoch ihr Wahlprogramm veröffentlichen. Das bedeutet, daß das Koalitionssystem durch eine Art Alliance der beiden Parteien ersetzt wird, die bis jetzt die Regierung unterstützt haben.

Es braucht nur noch vorzukommen, daß die Regierung bei einer Frage in die Minderheit gerät. Dieses ist ja in den letzten drei Jahren mehrmals vorgekommen, aber stets handelte es sich dabei um Zufallsminderheiten. Eine neue Zufallsmehrheit der Unzufriedenen, wenn z. B. die regierungstreuen Abgeordneten sich von den unzufriedenen Konservativen im Hinblick auf die Arbeiterpartei überrumpeln ließen, würde die Kabinettskrisis explosiv wieder ausbrechen lassen.

Balfour der kommende Mann?

Balfour ist am Mittwoch vom englischen König empfangen worden und hat mit dem Monarchen eine auffallend lange Unterredung gehabt. Man bringt diese Unterredung mit der Möglichkeit in Verbindung, daß Balfour als Nachfolger Lloyd Georges ausersehen sei, wenn auch gesagt wird, daß Balfour dem König nur ausführlich über die Ergebnisse der Konferenz von Washington berichtet habe.

Die Kandidatur Balfours für die Ministerpräsidentschaft ist nicht von der Hand zu weisen. Lloyd George ist tatsächlich ermüdet, und zwar in dem Sinne, daß er von der systematischen französischen Sabotage genug hat und den Franzosen gern beweisen möchte, daß sein Austritt aus der englischen Regierung keinen Wechsel in der europäischen Reparationspolitik der englischen Regierung zur Folge haben wird, daß also die englische Politik nicht die persönliche Politik eines Lloyd George ist. Balfour ist, um den Franzosen dies beizubringen, der geeignete Mann. Er ist einer der angesehensten Führer der Konservativen und hat während der Pariser Friedensverhandlungen für den Versailler Vertrag und während der Verhandlungen auf der Washingtoner Konferenz sich Lorbeeren geholt. Er ist auch der Mann, der elegant und anmutig wieder zurücktreten wird, sobald Lloyd George wieder bereit ist, die Zügel in die Hand zu nehmen.

Kein Rücktritt Lloyd Georges.

London 17. Februar. Hier wird amtlich dem Gerücht von einem angeblichen Rücktritt Lloyd Georges widersprochen.

Ein polnisch-türkischer Vertrag.

Paris, 16. Februar. Der „Chicago Tribune" wird aus London gemeldet, daß Polen mit den nationalistischen Türken (Kemalisten) einen Geheimvertrag abgeschlossen haben soll, welcher gewissermaßen die Ergänzung zum polnisch-französischen Vertrage darstellt. Polen spielt die Rolle eines Vermittlers bei Frankreichs Bestrebungen, sich in Südosteuropa Einfluß zu verschaffen. Der polnisch-türkische Vertrag gewährleistet die Unabhängigkeit der Ukraine um auf diese Weise Rußland zu schwächen und der Türkei zu ermöglichen, die Kontrolle über die Dardanellen und in den verlorenen Gebieten wieder zu übernehmen.

Sejmneuwahlen am 25. Juni?

Warschau, 17. Februar. Auf der heutigen Sitzung des Ältestenausschusses hat der Nationale Volksverband einen Antrag eingebracht, wonach die Wahlen zum Sejm und zum Senat am 25. Juni stattfinden sollen. Für diesen Antrag erklärten sich folgende Parteien: Nationaler Volksverband, Wyzwolenie-Gruppe (Thugutileute), Nationale Arbeiterpartei, Stapiński-Gruppe und die Christlichen Demokraten. Die Dubanowicz-Gruppe ist mit einer Beendigung der Sejmarbeit Ausgang Juni einverstanden und möchte, daß die Neuwahlen erst im September stattfinden. Die Sozialistische Partei, der Klub für Verfassungsarbeit und die Volksvereinigung sprechen sich gegen den Termin aus, der vom Nationalen Volksverband festgesetzt worden ist. Die Volksparteiler haben grundsätzlich nichts gegen den Antrag einzuwenden, wollen ihn aber unabhängig machen von der Erklärung der Regierung über Ostgalizien. Der Sejm soll bis zu den Osterfeiertagen beraten und dann seine Arbeit einstellen.

Der Nationale Volksverband stellte in der heutigen Sitzung des Sejms den Dringlichkeitsantrag, daß der Sejm auf gesetzlichem Wege den Termin für die Neuwahlen auf den 25. Juni festsetzen soll, für den sich die Mehrheit der Parteien ausspricht.

Sejm.

Sitzung vom 17. Februar.

Warschau, 18. Februar.

Vor Beginn der Tagesordnung legte der Abg. Matakiewicz im Namen des Finanzausschusses einen Entwurf über die Verlängerung des Termins für Einreichung von Gesuchen um Befreiung bzw. von Ermäßigung bei der Zahlung der Danina bis zum 6. März d. Js. vor. Der Bericht des Abg. Matakiewicz wurde als erste Lesung des Gesetzes anerkannt.

Es folgte die erste Lesung des Gesetzes über staatliche Hilfe beim Wiederaufbau von Gebäuden, die durch den Krieg vernichtet oder beschädigt worden sind, und über den Bau von Amtsgebäuden. Der letzte Regierungsentwurf war in erster Lesung abgelehnt worden. Jetzt schlägt die Regierung eine Änderung vor: anstatt 10 Kubikmeter kann die nicht zu erstattende Beihilfe den Gesamtwert von 30 Kubikmeter Schneideholz betragen. Die Ansiedler können auch Wiederaufbaukredite genießen.

Nachdem die Abgg. Dębski (Poln. Volkspartei) und Czetwertyński (Nat. Volksverband) gesprochen hatten, wurde die Angelegenheit dem Arbeitsschutzausschuß überwiesen.

Das Gesetz über den Beitritt Polens zur Haager Konvention vom 17. Juli 1905, die das Zivilverfahren betrifft, wurde an die Rechtskommission überwiesen.

Dann kam das Gesetz über staatlichen Zivildienst und Organisation von Disziplinarbehörden an

die Reihe. Der Berichterstatter Abg. Godek berichtigte einige Druckfehler und beantragte, es sollten in beiden Gesetzen die Artikel über die Zeit, von welcher ab die Gesetze verpflichten werden, in Übereinstimmung gebracht werden. Der Vertreter der Regierung, Departementsdirektor beim Finanzministerium Mikulecki, begründete die Haltung der Regierung gegenüber den beantragten Verbesserungen und stellte im Namen der Regierung den Antrag, daß die Gesetze vom 1. April 1922 verpflichten sollen. Es sprachen noch die Abgg. Halban und Godek. Beim Gesetz über die Organisation von Disziplinarbehörden wurden keine Verbesserungen beantragt. Beide Gesetze wurden zusammen mit den Beschlüssen in dritter Lesung angenommen.

Alsdann fand die dritte Lesung des Gesetzes über Aufhebung des Ministeriums für Kultur und Kunst statt. Der Abg. Barlicki erklärte, daß seine Partei für den Antrag stimmen werde, welcher beim Präsidium des Sejm eingelaufen ist, daß beim Präsidium des Ministerrates ein Untersekretariat für Kultur- und Kunstangelegenheiten gebildet werden soll. Der Vizeminister für Religionen und öffentliche Aufklärung, Łopuszański, verteidigt den Regierungsantrag über Angliederung des Ministeriums für Kultur und Kunst an das Ministerium für Religion und öffentliche Aufklärung. Der Abg. De Rosset spricht sich für Bildung eines Untersekretariats aus und beantragt eine entsprechende Verbesserung zu den Artikeln 3 und 4. Abg. Roj (Poln. Volkspartei) erklärt im Namen seiner Partei, daß sie für die Umbildung stimmen wird. Es sprach noch Abg. Geistlicher Lutosławski. In der darauffolgenden Abstimmung wurden die beantragten Verbesserungen des Abg. De Rosset mit 100 gegen 59 Stimmen abgelehnt. Das ganze Gesetz wurde in dritter Lesung angenommen.

Gleichfalls in dritter Lesung wurde ein Gesetz über Gründung, Aufrechterhaltung und den Bau von öffentlichen Volksschulen angenommen. Angenommen wurde auch eine Entschließung des Abg. Zmitrowicz über den Bau von Schulen in den Ost- und Westmarken.

Abg. Mieżejewski begründet dann die Dringlichkeit seines Antrages über den Schutz der Ostgrenzen und fordert die Bildung eines außerordentlichen Sejmausschusses zur Prüfung von zahlreichen Mißständen. Innenminister Downarowicz erklärt, daß der Stand der Dinge in mancher Hinsicht nicht befriedigend, daß aber die Reorganisation des Grenzschutzes im Entstehen begriffen sei, und daß die im Antrag vorgeschlagene Bildung eines Ausschusses nur zur Verzögerung der schon begonnenen Reorganisationsarbeit beitragen würde.

Nachdem in zweiter und dritter Lesung das Gesetz über Verlängerung des Termins zur Einreichung von Gesuchen um Befreiung bzw. Ermäßigung bei der Zahlung der Danina angenommen worden war, wurde der Dringlichkeitsantrag des Abg. Geistlichen Kaczyński über das Überhandnehmen des Banditentums angenommen.

Nächste Sitzung am Dienstag nachmittag. Auf der Tagesordnung steht der Antrag einiger Parteien über den Termin der kommenden Neuwahlen.

Die Genfer Verhandlungen.

Basel, 17. Februar. Die „Baseler Nachrichten" melden aus Genf, daß die polnisch-deutschen Verhandlungen über den Schutz der nationalen Minderheiten in Oberschlesien bisher keine Erfolge gezeitigt haben. Der Präsident Calonder strebt danach, diese Frage auf dem Wege eines Kompromisses zu erledigen. Andere Streitfragen befinden sich, wie das Blatt meldet, auf dem Wege zur Lösung.

Eine polnische Note an Rußland.

Warschau, 18. Februar. Am 13. d. Mts. hat der polnische Geschäftsträger in Moskau Tschitscherin folgende Note überreicht: „Die polnische Gesandtschaft in Moskau hat die Ehre, den Volkskommissar für Auslandsangelegenheiten davon in Kenntnis zu setzen, daß die französische Regierung am 20. Januar die polnische Gesandtschaft offiziell dazu ermächtigt hat, die Rückwanderung französischer Bürger, welche nach Frankreich zurückzukehren gedenken, in Angriff zu nehmen und durchzuführen. Die französische Regierung hat die „Russische Föderative Sowjetrepublik" von der Übergabe obigen Mandats benachrichtigt. Das Mandat steht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Einvernehmen der französischen Regierung betreffs der Rückkehr russischer Soldaten, die in Frankreich zurückgeblieben sind, nach Rußland. Die Rückwanderung der französischen Bürger findet unter Vermittelung der polnischen Delegation für Rückwanderungsangelegenheiten unter Anwendung des entsprechenden technischen Apparates statt. Indem die polnische Gesandtschaft dieses dem Volkskommissar für Auslandsangelegenheiten zur Kenntnis gibt, hat sie die Ehre, den Volkskommissar darum zu bitten, die russischen Institutionen, welche mit Rückwanderungsangelegenheiten zu tun haben, von dem Mandat der französischen Regierung zu benachrichtigen, damit die betreffende Aktion sofort begonnen wird."

Polen und Tschechien.

Warschau, 17. Februar. Bald wird in der Auslandskommission das paritätische Statut zwischen Polen und der Tschechoslowakei und die Jaworzyna-Frage erörtert werden. Was die erste Aufgabe anbetrifft, soll von beiden Seiten eine Delegation von je vier Mitgliedern gebildet werden. Von seiten Polens würden dieser Abordnung Vertreter des Auslands-, des Innen-, des Kultus- und des Arbeitsministeriums angehören. Die Beratungen werden in Teschen bei abwechselndem Vorsitz beider Delegationen stattfinden. In der Jaworzyna-Frage wird sich die Kommission aus bedeutenden Sachverständigen beider Seiten zusammensetzen.

Polnisch-finnisches Bündnis.

Stockholm, 17. Februar. (Tel.-Un.) Unter dem Druck Frankreichs, das vor der Genuakonferenz überall eine fieberhafte diplomatische Tätigkeit entwickelt und sich für die dortigen Verhandlungen im Norden noch schnell einige Vasallen schaffen möchte, wagt es der finnische Außenminister Holsti, mit dem Vorschlage eines militärischen Bündnisses mit Polen hervorzutreten. Dem finnischen Reichstage ist ein fertiger Entwurf hierzu bereits vorgelegt worden. Es wird in Helsingfors erklärt, daß das polnisch-finnische Bündnis ein nordisches Gegenstück zu dem polnisch-französischen Bündnis werden soll.

Konferenz der baltischen Staaten.

Warschau, 18. Februar. Die Konferenz der baltischen Staaten die im Juni v. Js. in Helsingfors stattfand wird in diesem Jahre Mitte Mai in Warschau abgehalten werden. Auf der Konferenz werden die Außenminister Lettlands, Estlands und Finnlands erscheinen.

Aus der Ukraine.

Warschau 17. Februar. Es wird gemeldet, daß sich im polnisch-ukrainischen Grenzgebiet bedeutsame Zwischenfälle ereignen welche den Frieden in ganz Europa gefährden können. Die Roten alarmieren. Im Gebiet des bolschewistischen Wolhynien und im Bezirk Zmierzynka werden die besten Streitkräfte der Roten Armee konzentriert. Die Kavallerie Budienny's hat den Befehl erhalten, in das Gebiet Płoskirów-Jarmolińce zu rücken.

Trotzdem ist die Stimmung der Roten gedrückt; denn sie sind hungrig und barfuß und die Bevölkerung verhält sich den Roten gegenüber, wie immer, ohne Massen feindlich. Es geht das Gerücht von irgend welchen außerordentlich wichtigen militärischen Entscheidungen in Moskau und Charkow.

Aus Rowno kommt die Meldung, daß eine Abteilung des aufständischen Atamans Zabolotny in der Gegend von Human eine Reihe von schweren Ueberfällen auf rote Polizeiabteilungen ausgeübt hat: am 22. Januar haben die Aufständischen in der Vorstadt von Human eine große Wagenburg welche Abgaben in Naturalien mit sich führte, erbeutet. Die Wagen wurden verbrannt. Es wird erzählt, daß man den Toten mit Sensen den Bauch aufgeschlitzt und das Innere mit Weizen angefüllt habe.

Aus Ostróg wird gemeldet: Ein gewisser ukrainischer Rückwanderer erzählt, daß am 30. Januar ein berühmter aufständischer Ataman, namens Hawrylo Wołyniec, in Lubar eingetroffen ist. Er ist mit der Uniform eines Rotgardisten gekleidet mit einem bolschewistischen Stern auf der Mütze. Der Ataman hat sich im Revolutionsausschuß als Vertreter der Kavalleriedivision Budiennys ausgegeben, mit der Forderung, das Plenum des Revolutionsausschusses der Czerezwyczajka und eine besondere Abteilung einzuberufen, um über den Schutz Lubars vor der ukrainischen aufständischen Heeressäule zu beraten, welche in den angrenzenden Wäldern zum Vorschein gekommen ist. Als die ganze kommunistische Klique beisammen war gab der Delegierte einen Pfiff ab, griff zu einem Revolver und streckte den Vorsitzenden und den Schriftführer des Revolutionsausschusses auf der Stelle nieder. Gleichzeitig drangen Aufständische in den Saal und räumten mit der Blüte des Kommunismus in Lubar auf.

Zum französisch-polnischen Handelsvertrag

Warschau, 17. Februar. Das „Journal de Pologne" veröffentlicht eine Unterredung seines Pariser Sonderberichterstatters Robert Vaucher mit dem Vertreter Polens in Paris, dem Grafen Zamoyski, über den französisch-polnischen Handelsvertrag. „Die französisch-polnische Freundschaft", sagt Graf Zamoyski unter anderem, „darf nicht nur auf Empfindungen gestützt sein. Man muß ihr durch die Verbindung beider Staaten mit den engsten wirtschaftlichen Banden eine konkretere Form geben. Da der unterzeichnete Vertrag für beide Nationen günstig ist, muß er die Bindungen zwischen unseren beiden Ländern notgedrungen festigen. Der polnische Vertreter hob hervor, daß der Vertrag Polen die französischen Märkte öffnet, welche infolge der bisher erhobenen Zollgebühren für Polen geschlossen waren. Die Bestimmungen des Vertrages werden unmittelbar nach ihrer Ratifizierung durch den polnischen Sejm in Kraft treten. Der Sejm wird sie mit einem reichlichen Maß von gutem Willen prüfen und den Beweis bringen, daß er danach strebt, sie so schnell wie möglich in Kraft treten zu lassen."

Dann betonte der Minister, daß die Kritik, welche zu beweisen gedenkt, daß die aus den Verträgen erwachsenden Vorteile einseitig sind, nicht am Platze sei, und hob hervor, daß man sie auf beiden Seiten mit der größten Freiheit besprochen und daß jedes Land seine eigenen Interessen verteidigt, aber auch die Interessen seines Verbündeten in loyaler Weise anerkannt hätte. Die Tatsache, daß Polen mit Frankreich den ersten großen Handelsvertrag abgeschlossen hat, ist eine neue Gewähr für die Gemeinsamkeit der französisch-polnischen Interessen. Gegenwärtig müßten die Industriellen und Handelsleute beider Länder aus diesem Vertrage alle möglichen Vorteile ziehen, welche zur Besserung unserer Handelsbeziehungen zum Vorteil Frankreichs und Polens beitragen könnten.

Sitzung der französisch-polnischen Handelskammer.

Paris, 16. Februar. In der Mittwochsitzung der französisch-polnischen Handelskammer, in der Noulens den Vorsitz führte hielt der Handelsrat der polnischen Gesandtschaft Herr Deleżal einen Vortrag über die Rolle Polens im Außenhandel mit Rußland. Der Vortragende betonte die Bedeutung welche das polnische Element vor dem Kriege in Industrie und im Handel Rußlands hatte und wies nach, daß im Augenblick da der Wiederaufbau Europas angeregt wird, Polen die größte Fähigkeit besitze entscheidend seine Stimme bei der Lösung dieses Problems zu erheben.

Rußlands Außenpolitik.

Im Zusammenhange mit den Gerüchten über den Abschluß eines französisch-russischen Vertrages wird dem Ost-Expreß aus Sowjetkreisen mitgeteilt, daß diese Gerüchte im gegenwärtigen Augenblick einer Grundlage entbehren und offenbar lediglich den Zweck verfolgen, die russisch-deutschen und die russisch-englischen Beziehungen zu trüben. Die Sowjetregierung hat ihre scharfe ablehnende Haltung gegen den Versailler Frieden nicht geändert.

Zugleich aber kann die Außenpolitik Sowjetrußlands, das als Großmacht in die Weltpolitik einzutreten im Begriff ist, nicht platonisch sein. Rußland muß seine Lebensinteressen durch eine Realpolitik verteidigen. In dieser Hinsicht ließen die deutsch-russischen Beziehungen zu wünschen übrig. Die Sowjetregierung erkennt die große Bedeutung, die der Annäherung zwischen Rußland und Deutschland zukommt, und ist fortdauernd bemüht, diese Beziehungen zu erweitern und zu vertiefen.

Da die Sowjetregierung nicht durch eigene Schuld, sondern von deutscher Seite nicht das erwünschte Entgegenkommen bei der Klärung und Präzisierung dieser Frage zu finden glaubt, sieht sie sich genötigt, sich an die anderen Staaten zu wenden, um eine möglichst baldige Befriedigung ihrer wirtschaftlichen Bedürfnisse herbeizuführen. Sowjetrußland müsse an alle Türen anklopfen, um den Ring der wirtschaftlichen Isolierung zu sprengen. Nur die fortdauernd ungeklärte Lage und Deutschlands ständige Berücksichtigung gewisser Faktoren, die mit den russisch-deutschen Beziehungen unmittelbar nicht zusammenhängen, zwischen Rußland nötigenfalls, nach anderen Wegen zu suchen, die vielleicht den deutschen Interessen weniger günstig wären, die aber von den dringendsten Interessen Rußlands gebieterisch gefordert werden.

Poincaré und Sowjetrußland.

Paris, 17. Februar. In der Beantwortung der Anfrage des radikalen Sozialisten Buisson in der Deputiertenkammer, erklärte Poincaré, daß die französische Regierung mit möglichster Beschleunigung und mit größtem Erfolg dem hungernden Rußland zu Hilfe zu kommen wünsche. Er erinnerte hierbei daran, daß die französisch gesetzgebenden Kammern im Gefühl der Menschlichkeit schon die betreffenden Kredite, und zwar 6 Milliarden Franken, bewilligt, und daß außerdem eine Reihe von Vereinen und Privatpersonen ebenfalls bedeutende Summen für diesen Zweck gesammelt haben. Darauf entwarf der Ministerpräsident ein Bild über die gegenwärtig zwischen Noulens und Skobelew, Krassin und Tschitscherin geführten Verhandlungen. Poincaré erklärte, daß die Noten der Moskauer Regierung jetzt in äußerst liebenswürdiger Form abgefaßt sind. Dieses bedeutet jedoch nicht, daß Frankreich seinen Standpunkt gegenüber den Sowjets gegenwärtig zu ändern bereit wäre, einen Standpunkt, der in keinem Falle die Anerkennung dieser Republik vorsieht. Frankreich eilte den Kriegs- und Zivilgefangenen in Rußland zu Hilfe und tut dasselbe jetzt an den Hungernden. Dieses bedeutet aber bei weitem keine offizielle Anerkennung der Sowjetregierung. (Beifall im Zentrum, auf der Rechten und Linken.) Das französische Rote Kreuz, welches kein Regierungsinstitut ist, könne in Fühlung mit der Sowjetregierung verbleiben. Die französische Regierung wird alles tun, um dem Willen des Parlaments Genüge zu tun.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von **Erich Ebenstein.**

(82. Fortsetzung.)

„Ich war einmal mit Frau Glöckl dort zu Gast. Auch heute nachmittag, als es Verdruß mit der bisherigen Kellnerin gab," lautete die ruhige Antwort. „Frau Kreibig war ratlos und dauerte mich. Da ging ich abends noch einmal hin und bot ihr meine Hilfe an. Wir probierten es gleich, und es ging ganz gut."

„Aber . . . ."

„Bitte laßt mich doch! Es paßt mir gut und — es muß sein!"

Da ergab sich Bastl achselzuckend. Im stillen dachte er: „Wahrscheinlich verkehrt derjenige, den sie beobachten will in der „Sonne". Hoffentlich beging sie nicht denselben Irrtum wie ich und hat March im Verdacht!"

Die Marei vom Brintnerhof Aushilfskellnerin in der „Sonne"! Wie ein Lauffeuer ging die Kunde am nächsten Morgen durch Kalkreut.

„So schlimm steht es mit dem Geld am Brintnerhof, daß das arme junge Ding sich um Verdienst umschauen muß?" meinten die einen. „Ja, ja, die Verteidiger halt, die werden schon ein hübsches Stück Geld verlangen!"

„Unsinn," meinten die andern, die tut das doch nur, weil sie seit ihrer Krankheit nicht mehr ganz beisammen ist. Die Dienstleute vom Brintnerhof erzählen es schon seit ein paar Tagen, herum: das Unglück hat sie übergeschnappt gemacht!"

Baumeister March, der beide Versionen vernommen hatte, als er mittags vom Bau in die „Sonne" zurückkehrte betrachtete das feine, blonde Ding, das ihm heute mit befangenem Blick seine Suppe brachte, halb mitleidig, halb neugierig.

Dabei regte sich sein Gewissen.

Wenn es wahr wäre daß sie es um des Verdienstes willen tat! Denn verrückt sah sie doch eigentlich nicht aus, und eine geistesschwache Kellnerin hätte Frau Kreibig auch nicht genommen — selbst wenn sie im Augenblick keine andere bekommen konnte.

Je länger er Marei dann beobachtete, desto mehr tat sie ihm leid. So freundlich sie mit den Gästen verkehrte, und so viel Mühe sie sich gab, allen Wünschen gerecht zu werden, ihr schüchternes Wesen paßte doch nicht für den Beruf, den sie nun ausübte.

„Hätte ich ihrem Bruder beizeiten das Geld gegeben, wie es meine Pflicht gewesen wäre, würde das arme Ding sich nun wahrscheinlich, nicht hier abquälen," dachte er und beschloß im stillen, noch heute zu Bastl zu gehen und diese Angelegenheit in Ordnung zu bringen.

Fast zur selben Zeit trat oben Valentin Foregger mit finsterer Miene in Frau Kreibigs Privatkontor.

Sie war ihm seit dem Verdruß mit Rosa geflissentlich ausgewichen hatte ihn im Laufe des Vormittags bei unvermeidlichen Begegnungen ganz als Luft behandelt, und als er vor Tisch eine Unterredung begehrte ihn kurz abgefertigt: „Ich habe keine Zeit."

Was ihn aber am meisten erbitterte, war, daß sie dem Hausknecht Auftrag gegeben hatte, fortan die einlaufende Post ihr direkt zuzustellen und sich mit allen Anfragen nur an sie zu wenden. Damit war Valentins Stellung eigentlich aufgehoben. Auch jetzt nahm Frau Berta keine Notiz von ihres Bruders Eintritt in das Zimmer und schrieb ruhig weiter.

Erst als er in ziemlich scharfem Tone fragte: „Nun — hast Du jetzt vielleicht Zeit für mich?" legte sie die Feder hin und sagte ruhig: „Wenn Du darauf bestehst, obwohl ich denke wir hätten einander nichts mehr zu sagen, nachdem Du mir so begegnet bist gestern!"

„Nun, Du hast Dich ja revanchiert und mir die Tür gewiesen!" gab er gereizt zurück.

„Weil mir kein anderer Ausweg mehr übrig blieb! Die ganzen letzten Monate hindurch habe ich es ja schon gefühlt, Valentin, so kann es unmöglich weiter gehen zwischen uns! Du maßest Dir eine Sprache gegen mich an und eine Stellung in meinem Hause —"

„Oho — ist die „Sonne" nicht etwa so gut mein Vaterhaus wie das Deine? Bin ich nicht Dein Bruder? Hast Du nicht selbst oft nach dem Tode Deines Mannes erklärt schon der Leute wegen sei eine männliche Hand im Geschäft notwendig, und wir beide wollen einträchtig zusammen hier wirtschaften, bis an unser Lebensende? Ich weiß wirklich nicht was Du eigentlich willst, Berta! Als Bruder habe ich doch die gleichen Rechte wie Du —"

„Nein, die hast Du nicht! Vergiß nicht, daß Du einst selbst leichtsinnig Dein Erbrecht hier aufgabst und unsern Vater zwangst, Dir Dein Erbteil in bar auszuzahlen, was ihm damals schwer genug fiel —"

„Was sollte ich mit dem armseligen Bauernwirtshaus machen? Mein Sinn stand eben höher!"

„Ich weiß! Du wolltest mit Deinem Gelde drüben in Amerika ein großartiges Hotel errichten. Aber es ist Dir nicht geglückt. Du hast nur Dein Erbe vertan und bist arm wie eine Kirchenmaus wiedergekommen, während sich hier in Kalkreut die Verhältnisse gewaltig geändert hatten und meines Mannes Geld auch der „Sonne" zu erneutem Wohlstand verhalf."

„Trotzdem blieb die „Sonne" unter Deinem Mann ein bescheidener Landgasthof. Zum Hotel brachte sie es erst nach seinem Tode — durch meine Hilfe!"

„Das wollen wir dahingestellt sein lassen. Zur Ausführung kamen doch nur meine Pläne, die ich schon längst hegte und nicht durchführen konnte, weil Kreibig keine Initiative besaß. Du aber solltest nicht vergessen, wie froh Du warst, als ich Dir — dem bereits oft Gescheiterten — hier eine anständige Versorgung bot! Meine Unabhängigkeit aber beabsichtigte ich dabei keineswegs aufzugeben. Dazu habe ich mich zu lange redlich geplagt in diesem Hause und bin auch eine viel zu selbständige Natur."

(Fortsetzung folgt.)

Neue polnisch-danziger Verhandlungen.

Danzig, 17. Februar. In Warschau werden am 22. Februar Verhandlungen über Ergänzung der im vorigen Jahre zwischen Polen und Danzig abgeschlossenen Verträge stattfinden. Delegierte Danzigs werden außer Volkmann und Jewelowski Krefft, Herbert und Hildebrandt sein.

Teuerungszulagen zu den Invalidenrenten

Warschau 16. Februar. Der Ausschuß für Arbeitsschutz nahm in zweiter Lesung einen Entwurf über die Erhöhung der Teuerungszulagen für die Invalidenrenten im ehemaligen preußischen Teilgebiet an. Der Entwurf sieht eine 39fache Erhöhung der gesetzlichen Rente vor, die durch die Einführung des deutschen Versicherungsgesetzes vom 19. Juli 1911 bewilligt wurde, insofern die Empfänger der Renten keine fremdstaatlichen Bürger sind, die im Ausland weilen. Beschlossen wurde auch die Höhe des staatlichen Anteils nicht zu ändern, der im Sejmgesetz vom 17. März 1921 in 10facher Höhe der Summe von 50 M. festgesetzt wurde. Der Berichterstatter Reger (P. P. S.) fordert eine 15fache Erhöhung (50 × 15); dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die wöchentliche Einzahlung wird vom 27. d. Mts. ab in den Lohnklassen 1. 10 M., 2. 15 M., 3. 20 M., 4. 25 M., 5. 80 M. betragen. Die Erhöhung der Teuerungszulagen zu den Renten tritt am 1. März d. Js. in Kraft.

90 Milliarden Kronen Kredit für Oesterreich

Wien, 17. Februar. (Tel.-Un.) Der englische Kredit für Deutschösterreich beträgt 2¼ Millionen Pfund Sterling, wovon jedoch ¼ Million Pfund Sterling, die seinerzeit als Vorschuß gegeben wurde, abgezogen wird. Der französische Kredit beträgt 1¼ Millionen Pfund Sterling. Auch hier kommt jedoch der seinerzeitige Vorschuß von ¼ Millionen Pfund in Abzug. Der Kredit läuft auf ein Jahr, doch ist zugesichert, daß er auf ein weiteres Jahr verlängert werden kann. In deutsche Währung umgerechnet, ergibt sich der stattliche Betrag von 3 Milliarden und 45 Millionen Mark, während nach dem heutigen Stande der Krone über 90 Milliarden Kronen herauskommen. Der Kredit ist mit 6 Prozent zu verzinsen, und wenn der große Völkerbundkredit zustande kommt, soll er aus diesem getilgt werden. Die Flüssigmachung dürfte bereits in den nächsten Tagen erfolgen. Der englische Delegierte Young soll die Kontrolle sowohl für England wie auch für Frankreich führen.

Eine Zwangsanleihe in Oesterreich.

Wien, 17. Februar. (Tel.-Un.) In parlamentarischen Kreisen sind Gerüchte im Umlauf, wonach die Regierung Österreichs die Durchführung einer inneren Anleihe, welche den Charakter einer Zwangsanleihe hätte, in Aussicht genommen hat.

Vom deutschen Hochschulwesen in der Tschechoslowakei.

Die Gesetzeseingaben auf Verlegung der deutschen Prager Universität nach Reichenberg und der deutschen Technischen Hochschule nach Außig bzw. nach Tetschen und Teplitz sind von den deutsch-bürgerlichen Senatoren beim Parlament eingereicht worden. In der Begründung wird gesagt, daß die Verlegung der deutschen Prager Universität auf rund 500 Millionen Kronen veranschlagt wird. Die bisher gemeinsame Bibliothek der beiden technischen Hochschulen soll so getrennt werden, daß grundsätzlich jeder Hochschule die aus ihrem Kredit beschafften Werke zufallen. Die Verlegung der technischen Hochschule in deutsches Siedlungsgebiet soll im Interesse einer engeren Fühlungnahme mit dem Arbeiter-, Bauern- und Mittelstand erfolgen. Eine kleine Stadt verbürge auch ein besseres Studium. In ihr ließen sich auch die Studenten leichter unterbringen und verpflegen als in der großen Stadt Prag. Die Industrieunternehmungen, Bauten- und Handelsunternehmungen in den für die technischen Hochschulen in Betracht kommenden Städten böten große Hilfsmittel für die Studenten. Ein weiterer Gesetzantrag wünscht die Loslösung der seinerzeit von der österreichischen Regierung errichteten drei deutschen Spezialschulen in der Akademie der bildenden Künste in Prag von dieser Akademie und die Neuerrichtung einer Bildhauerschule als Grundstock einer neuen deutschen Hochschule für bildende und angewandte Kunst unter gleichzeitiger Verlegung dieser Hochschule nach Reichenberg, wo sich die Stadt zur Bereitstellung der Gebäude bereit erklärt hat. Auch soll eine forstliche Abteilung an der deutschen Hochschule in Prag eingerichtet werden, von der ein Teil sofort nach Reichstadt verlegt werden soll. Ferner soll eine bergbauliche Fakultät an der deutschen Technischen Hochschule in Prag errichtet werden, die vier Lehrgänge umfassen soll.

Das Gebet des Papstes.

Rom, 17. Februar. „Coriere della Sera“ gibt den Inhalt des Gebetes wieder, das der neugewählte Papst vor dem Krönungsakte sprach. Es lautet: „Möge mir Gott die Kraft des Geistes und der Klugheit Leos des XIII. und die Frömmigkeit Pius des X. verleihen, die mir notwendig sind, um das Werk der Versöhnung der ganzen Welt zum Ruhme des XV. Benedikt zu Ende zu führen.“

Sowjetrußland.

Die Naturalsteuer in Rußland.

Moskau, 16. Februar. (Tel.-Un.) Wie die „Prawda“ berichtet, ist die Naturalsteuer bereits in dreißig Gouvernements erhoben worden. Nur in Sibirien, im nördlichen Teil des Kaukasus und in elf Gouvernements des europäischen Rußlands ist die Naturalsteuer noch nicht vollständig eingetrieben worden.

Bei Sibirien handelt es sich hierbei um denjenigen Teil Sowjetrußlands östlich des Ural, der sich zum Baikalsee, ausschließlich Irkutsk, das zur Republik des Fernen Ostens in Tschita rechnet, erstreckt. Dieser nach Moskauer Sowjetsystem verwaltete Teil Sibiriens untersteht einem revolutionären Komitee in Omsk, dem ein Volkswirtschaftsrat zur Seite steht. Die Bauern dieses Teils Sibiriens, deren Kern etwa 70000 Deutschstämmige in der Gegend von Omsk bilden, setzen den Requisitionen und der Eintreibung der Naturalsteuer den heftigsten Widerstand entgegen. In jenen Gegenden sind vielfach Abgesandte der Sowjetbehörden von ihnen erschlagen worden.

Die Moskauer Flugstation niedergebrannt.

Reval, 16. Februar. (Tel.-Un.) Wie die Ruß-Preß meldet, ist die Moskauer Flugstation niedergebrannt. Das Feuer wurde durch ein abgestürztes Flugzeug verursacht.

Unruhen in Petersburg.

Paris, 17 Februar. Das „Journal des Debats“ führt aus einem Privatbrief, der am 14. Februar in Paris angekommen ist, an, laut Nachrichten vom 4. Februar, die der Briefschreiber erhalten haben will, seien ernste Unruhen in Petersburg ausgebrochen. Die roten Truppen seien entfernt worden, Aufklärungspatrouillen operierten um die Stadt, Magazine würden geplündert. Die Unordnung sei hervorgerufen durch die Teuerung der Lebenshaltung.

325000 sowjetrussische Eisenbahner und 150000 Wasserbauarbeiter entlassen.

Helsingfors 17. Februar. (Tel.-U.) Von der russischen Regierung sind 26 v. H. der Eisenbahner und des an den Wasserstraßen beschäftigten Personals entlassen. Im ganzen wurden 325000 Eisenbahner und 150000 Wasserbauarbeiter entlassen, so daß nunmehr bei den Eisenbahnern nur noch 931000 und bei den Wasserstraßen 225000 Personen beschäftigt sind.

Neue Unruhen in Irland.

London, 17. Februar. In Belfast kam es heute erneut zu erbitterten Kämpfen. Eine große Anzahl von Personen wurde verwundet, ein Zivilist getötet.

Aus Dublin wird gemeldet, daß die Räumung Irlands durch die britischen Truppen heute wieder begonnen habe.

Im Unterhause teilte Churchill mit, daß Collins die Freilassung von 15 gefangenen Ulsterleuten erreicht habe und hofft, daß weitere Freilassungen im Laufe des Tages erfolgen werden. Mit Rücksicht auf die durch den beunruhigenden Zustand in Irland hervorgerufenen Schwierigkeiten beabsichtigt die Regierung bereits heute die Gesetzentwürfe über die Übergabe der Gesetzesmacht an die einstweilige irische Regierung dem Hause vorzulegen.

London, 17. Februar. Die Verluste bei den Zusammenstößen in Belfast seit Sonnabend betragen den Blättern zufolge 33 Tote und etwa 100 Verwundete. Gestern wurde die Lage in der Stadt so bedrohlich, daß die Truppen in einer Straße zur Aufrechterhaltung der Ordnung mit den Bajonetten gegen die Menge vorgehen mußten.

Umsturzpläne Devaleras.

London, 17. Februar. Nach glaubwürdigen Berichten aus Irland beabsichtigten die Anhänger Devaleras einen Staatsumsturz zu organisieren und bemerkten, daß der günstigste Augenblick hierzu das Zurücknehmen der englischen Truppen sei.

Bayern im Kampfe gegen die Schuldlüge.

München, 16. Februar. (Tel.-Un.) Der Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages nahm heute einen Antrag an, wonach die bayerische Regierung bei der Reichsleitung dahin wirken soll, daß dem In- und Auslande, besonders den Ententeregierungen, das authentische Material unterbreitet wird, welches die im Versailler Vertrage aufgestellte Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege zu zerstören vermag. Der Vertreter der Regierung führte dazu aus, daß sich die bayerische Regierung und der Landtag bereits seit längerem bemühen, die Reichsregierung zu einer aktiveren Abwehr gegen die Schuldlüge zu veranlassen. Die bayerische Regierung sei auch mit anderen Landesregierungen in Verbindung getreten und habe die Zustimmung bei Württemberg, Sachsen, Hessen und Braunschweig gefunden. Zuletzt sei die Entscheidung in der oberschlesischen Frage zu neuerlichen Vorstellungen bei der Reichsregierung benutzt worden. Die Reichsregierung habe grundsätzlich den bayerischen Forderungen zugestimmt, aber den Zeitpunkt für ein aktiveres Vorgehen noch nicht für gekommen erachtet. Die bayerische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß zur Zerstörung der Schuldlüge aus ethischen Gründen und aus politischen Gründen ein geschlossenes Handeln geboten sei. Die rückhaltlose Veröffentlichung unseres Materials sei eine Forderung der Gerechtigkeit und eine der wichtigsten Aufgaben, denen sich Deutschland nicht entziehen dürfe. Bayern beabsichtigt auch weiterhin mit Nachdruck in dieser Richtung tätig zu sein.

Die Lage in Karelien.

Helsingfors, 17. Februar. Die Lage an der karelischen Front ist unverändert. Die provisorische karelische Regierung hat ein Dekret erlassen, welches alle männlichen Personen vom 18. bis zum 45. Lebensjahre zu den Waffen aufruft.

Politische Tagesneuigkeiten.

England zieht seine Truppen vom Rhein zurück. Die „Chicago-Tribune“ meldet, daß die englische Regierung aus den besetzten Rheinbezirken wieder einen Teil der Garnison abberufen hat. Es verbleiben nur noch 2000 Soldaten.

Drohender Bergarbeiterstreik in England. England ist von einem neuen Bergarbeiterstreik bedroht. Die Bergarbeiter forderten 20 Prozent Lohnerhöhung.

Internationale Sozialistenkonferenz. In Paris begann die Tagung der internationalen Sozialistenkonferenz. Die Delegierten Deutschlands und Italiens trafen wegen der inneren Lage ihrer Staaten nicht zur Konferenz ein. Die Delegierten Frankreichs, Englands und Belgiens stimmten in ihren Anschauungen über die Anknüpfung von Verhandlungen zwischen der zweiten und dritten Internationale nicht überein. Der Delegierte Österreichs (Adler), welcher ein gemeinsames Vorgehen beider Internationalen befürwortete, brachte einen Antrag ein, der auch angenommen wurde und besagt, daß die Generalkonferenz der Londoner, Wiener und Moskauer Vollzugsausschüsse sich ausschließlich mit den praktischen Fragen befassen werde, welche das Proletariat als Aufgaben für die nächstfolgende Zeit interessieren. Darauf sandte die Konferenz eine Depesche an die deutschen Sozialisten und benachrichtigte sie, daß wegen der Abwesenheit ihrer Vertreter auf der Konferenz diese am Montag geschlossen werden wird. Die nächste internationale Konferenz soll in Kürze in Frankfurt stattfinden.

Republik Polen.

† **Eine neue Partei: „Unja Państwowa“.** Der „Nowy Dziennik Krakowski“ teilt mit, daß sich eine neue Partei gebildet habe, welche durch Downarowicz und andere Politiker organisiert ist und den Namen „Unja Państwowa“ (Staatliche Union) tragen wird. Das Ziel der Partei wird die Arbeit auf den Grundlagen der Märzkonstitution sein. Den Kern dieser Partei soll der Klub für Verfassungsarbeit und die Mietervereinigung bilden.

† **Eine Kontrollkommission des Völkerbundes in Warschau.** Unter dem Vorsitz des französischen Obersten Chardigny ist hier eine Kontrollkommission des Völkerbundes eingetroffen, die die Aufgabe hat, die seinerzeit in Wilna verhafteten litauischen und weißrussischen Agitatoren zu befreien. Die Kontrollkommission wird sich nach Erledigung ihrer Aufgabe in den nächsten Tagen nach Genf zur Berichterstattung begeben. Das japanische Kommissionsmitglied Oberstleutnant Tsu-Tsui wird noch einige Zeit in Polen bleiben und sich dann nach Prag begeben.

Deutsches Reich.

** **Neues Lohnabkommen im mitteldeutschen Bergbau.** Im mitteldeutschen Kohlenbergbau wurde folgende neue Lohnvereinbarung getroffen: Die männlichen Arbeiter über 18 Jahre erhalten in den Kernrevieren einen Lohnzuschlag von 10 M. für die Schicht und in den Randrevieren einen solchen von 8,50 M.; die Arbeiter unter 18 Jahren einen solchen von 6 M. bzw. 5 M. Auf Grund der neuen Schichtlöhne erhalten die Gedingearbeiter einen Lohnzuschlag von 11 bzw. 9,35 M.

** **Die Wirtschaftsbeihilfe für die Beamten.** Offiziös wird berichtet: Im Reichsfinanzministerium wurde die Besprechung mit den Spitzenorganisationen der Beamten über die Einführung von Wirtschaftsbeihilfen für die Beamten fortgesetzt. Übereinstimmung herrschte unter den Spitzenorganisationen darin, daß in den Orten, in denen die Arbeiter Überteuerungszuschüsse erhalten werden, den Beamten Wirtschaftsbeihilfen unter Umrechnung von je 10 Pfennig Überteuerungszuschuß für die Stunde in einem jährlichen Beihilfenbetrag von 250 M. gewährt werden sollen. Der Vorsitzende gab namens des Reichsministers der Finanzen die Versicherung ab, daß die Regierung Wert auf möglichst rasche Durchführung der Auszahlung der Wirtschaftsbeihilfen lege. Für die Angestellten wird eine entsprechende Regelung getroffen werden.

** **Ein Eisenbahnwaggon bolschewistischer Propaganda.** Die „Deutsche Zeitung“ berichtet: Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat die in Berlin eingetroffene Rätehandelsmission einen Eisenbahnwagen voll Reklameartikel mitgebracht. Bei der Durchsicht des Wagens erwiesen sich die Reklameartikel als politisches Propagandamaterial. Von dem Eintreffen dieser Propagandaartikel wurden außer dem Reichskommissar für öffentliche Ordnung und dem Berliner Polizeipräsidenten auch das Auswärtige Amt unterrichtet. Beamte sind jetzt mit der Prüfung beschäftigt.

Freistaat Danzig.

*† **Ein argentinischer Konsul für Danzig.** Die Republik Argentinien hat Herrn D. Jorge Ibarra Garcia zum Konsul für das Gebiet der Freien Stadt Danzig ernannt.

*† **Zweiter Parteitag der Deutschen Partei.** Am 18. und 19. Februar wird in Danzig der zweite Parteitag der Deutschen Partei im Freistaate Danzig stattfinden. Auf der Delegiertentagung wird der Vizepräsident des Volkstages Dr. Löning über die äußere Politik Danzigs und Abgeordneter Dr. Eppich über die innere Politik und die Danziger Wirtschaftsfragen sprechen. Am 19. Februar abends findet eine öffentliche Versammlung im Schützenhause statt.

Neues vom Tage.

§ **Sylt ohne Lebensmittel und Kohlen.** Die Insel Sylt ist seit längerer Zeit infolge der Eisverhältnisse von jeder Verbindung mit dem Festlande vollständig abgeschnitten. Der Verkehr geht zu Fuß oder im Schlitten über das vereiste Wattenmeer. Einmal in der Woche verkehrt noch ein Dampfer von Cuxhaven über Helgoland nach Sylt. Doch kann auch diese Verbindung kaum mehr aufrecht erhalten werden. Der Dampfer bringt nur die Post. Die Bewohner von Sylt sind in allergrößter Not, da die Lebensmittel zu Ende gegangen sind, und die meisten Familien keine Feuerungsvorräte haben. Infolgedessen sind alle Schulen geschlossen. Die Schließung der öffentlichen Gebäude steht bevor. In vielen Familien liegen die Kinder den ganzen Tag im Bett, um nicht zu erfrieren. Die Hausfrauen müssen wegen Holz- und Kohlenmangels das Kochen einstellen. Nie ist Sylt so in Bedrängnis gewesen. Die Bewohner sind der Kälte, den Stürmen und dem Hunger ausgesetzt. Es gibt kein Brot mehr, es fehlt an Fleisch, Fischen usw. Man macht den 12 Kilometer langen Weg nach der Küste, um sich das Notwendigste zu holen. Der Versuch, Sylt mit Eisbrechern zu erreichen, ist aufgegeben worden. Vor der Landungsbrücke lagert ein hohes Eisplateau. Am schwersten leidet man unter der Kohlennot und wenn nicht auf irgend eine Weise endlich Kohlen herangeschafft werden, dann ist eine Katastrophe zu befürchten. Die Entrüstung der Sylter über die Vernachlässigung in der Kohlenversorgung ist kaum zu beschreiben. Seit Wochen werden Kohlen verlangt, ohne daß auf die Hilferufe gehört wird. — Der Seebäderdampfer der Hamburg-Amerikalinie „Adler“ ist am 15. d. Mts. mit 200 To. Kohlen nach Westerland abgegangen, um den in größter Not befindlichen Bewohnern etwas Brennmaterial zuzuführen.

§ **Sämtliche Teilnehmer an einer Bauernhochzeit ertrunken.** Eine entsetzliche Katastrophe hat sich auf der Theiß ereignet. Die Teilnehmer einer Bauernhochzeit wollten auf vier Wagen über die Theis fahren, welche zugefroren war. Trotz der Warnungen des Flußwärters fuhren alle vier Wagen gleichzeitig auf die Fähre. Kaum war man einige Meter vom Ufer entfernt, als die Fähre infolge eines Stoßes an eine große Eisscholle zu sinken begann. Die Pferde sprangen mit allen vier Wagen in den Fluß. 25 Personen, darunter das Brautpaar und die Brauteltern, sind in der Theiß ertrunken, alle im Hochzeitsgewande. Es gelang nur ein einziges junges Mädchen zu retten.

10. Quittung.

Für die Wolgadeutschenhilfe gingen ferner bei uns ein:

Schüler Hans Jeske-Posen	150 M.
Frei Sobiesiernie	1000 „
Hinkel Sobiesiernie	1000 „
Hoffmann, Sobiesiernie	1000 „
Ungenannt	5000 „
Sammlung der Stadt Buk	23735 „
Ungenannt, Wilkowo pow. Buk	5000 „
H. Rabe, Zbąszyń	500 „
Karl Bredlow, Góreczki Żabie	1000 „
Sammlung in der evang. Gemeinde Oborniki	30210 „
Herrschaft Kobylniki pow. Kruszwica	50000 „
Gutsverw. Klabunde, Kobylniki, pow. Kruszwica	1000 „
Frau Fleischer Kobylniki, pow. Kruszwica	1000 „
Fräulein Vogel, Kobylniki, pow. Kruszwica	1000 „
Bruno Schulz, Wolsztyn	5000 „
W. Doil, „	500 „
A. Boche, „	1000 „
Weitbank, „	5000 „
Gesammelt durch Frl. E. Schulz und Frau L. Zeibler Wolsztyn	1000 „
Frau Blocus, Wolsztyn	3000 „
Frau Biering, Wolsztyn	300 „
Frau Laubich, Wolsztyn	1000 „
Frau Neuhaus, Wolsztyn	2000 „
M. B., Posen	200 „
Firma R. u. G. Frank Witkowo	5000 „
Gutsbesitzer A. Radtke, Folwark	5000
Maschinenfabrik W. Jaks, Witkowo	3000 „
Geschäftsführer F. Heine, Witkowo	3000 „
Kaufmann R. Mühlbradt, Witkowo	2000 „
G. Pietsch, Posen (1 Paket Kleidungsstücke)	—,—
Kabisch, Zabienko, pow. Mogilno (1 Paket Kleidungsstücke und Schuhwaren)	—,—
Landw. Haushaltungsschule in Janowitz (1 Paket Kleidungsstücke)	—,—
Turnverein in Znin	23843.50
Spar- u. Darlehnskasse in Znin	25000 „
Generalversamml. der Spar- u. Darlehnskasse in Znin	22300 „
Von einem Geber, der nicht genannt sein will	25000 „
Sanitätsrat Dr. Kantorowicz, Posen	5000 „
	259738.50 M.
Betrag der 1.—9. Quittung	650088.— „
Zusammen	909826.50 M.

Posener Tageblatt

9. Empfangsbescheinigung.

Von der Sammelstelle des „Posener Tageblattes“ heute als neunte Ablieferung den Betrag von 163824 M., in Worten: Hundertdreiundsechzigtausendachthundertvierundzwanzig Mark bar, sowie Kleidungsstücke und Schuhwerk für die Wolgadeutschenhilfe erhalten zu haben, bescheinigt hiermit herzlich dankend

Poznań, den 18. Februar 1922.
Aleje Marcinkowskiego 26.

(gez.) Landesverband für Innere Mission in Polen.

Wer hilft weiter?

Die Verlobung ihrer Kinder **Annemarie** und **Oskar** beehren sich anzuzeigen

Paul Fechner und Frau, Margarete, geb. Pirsch, Międzychód.
Emil Schmidtke u. Frau, Julie, geb. Fischer, Swarzędz.

Annemarie Fechner
Oskar Schmidtke
Verlobte
Międzychód. [5402] Poznań.

Freitag früh verstarb unerwartet mein lieber Mann, unser guter fürsorglicher Vater

Wilhelm Labischinski.

Poznań, den 17. Februar 1922.
św. Marcin 64II.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, den 20. d. Mts., nachm. 4 Uhr von der Leichenhalle des israelitischen Friedhofes aus statt.

Am 15. d. Mts. verschied in Berlin die Mitinhaberin der früheren Firma Friedmann & Alport, G. m. b. H.

Frau Bertha Friedmann
geb. Cohn.

Ihre Herzensgüte, sowie ihre vorbildlichen Charaktereigenschaften werden ihr stets ein ehrenvolles Andenken bei uns bewahren.

Adolf J. Korytowski u. Familie.

Technisches Bureau
F. Kaczmarek, Poznań
Stary Rynek 52, Wchód Wodna 1, Teleph. 5603.

Elektrische Licht- und Kraftanlagen, Klingeln, Telephone, [5307
Blitzschutzanlagen sowie Revisionen.
Reparaturen elektr. Apparate.
Installationsmaterial am Lager.
Geöffnet von 8 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends.

Mein Grundstück
in bester Geschäftslage, bestehend aus Wohnhaus und Remise mit einer Baustelle, möchte ich verkaufen oder gegen ein Landwirtschaft von 15—20 Morgen vertauschen. [5420

H. Napierala, Unruhstadt am Kaul 34.

Original **Ventzki** 1 und Mehr scharpflüge
Kultivatoren
Viehfutter-Dämpfer
alle Ventzkischen Original-Ersatzteile
liefert sofort ab Lager [4971

Woldemar Günter
Landwirtschaftl. Maschinen u. Bedarfsartikel,
Felle und Oele, 5155]
Poznań, ulica Sew. Mielżyńskiego (früher Viktoriastraße) Nr. 6. Telephon 52-25.

Einen riesigen Erfolg erzielten in allen Großstädten der Welt
Die Vier Teufel

Möbl. Zimmer,
freundl. u. sauber, nur Oberstadt, zum 1. 3. 22 gesucht. Gefl. Off. m. Preis unt. G. 1596 an **Wielkopolska Agencja Reklamy** Poznań, Gwarna 19.

Die Vier Teufel
Eine selten schöne noch nie gezeigte Zirkus- Kinokunst.

Deutschtumsbund
zur Wahrg. d. Minderheitsrechte
Abteilung Frauenbund
Montag, d. 20. Febr. 1922, nachmittags ½ 5 Uhr, Wały Leszczyńskiego 2, Zimmer 4
Besprechung der Pensionsinhaber
z. Festsetzung d. Pensionspreises.

ALBODONT

Zu Hause — auf Reisen
der Gesundheit wegen
soll man den Mund und die Zähne pflegen.
Drum darf ein jeder — infolgedessen
Zahnpasta **ALBODONT** nicht vergessen.

J. & S. STEMPNIEWICZ
Parfümerie und Seifenfabrik
POZNAŃ.

Die Vier Teufel
Grandioses Sensations-Zirkusdrama. Versetzt die Zuschauer in atemlose Spannung durch die ganze Aufführung.

Palacowy Teatr
Plac Wolności 6.

Wilhelm Mewes, Posen.
Möbeltransport Wilhelm Mewes Posen

Wilhelm Mewes vormals H. Schiff
Poznań, św. Wojciech 1 (St. Adalbertstraße 1)
Telephon Nr. 2335 und 3356

Spezialgeschäft für Möbeltransporte ohne Umladung nach Deutschland — **Gestellung von Möbelwagen von sämtlichen Plätzen der ehemaligen Provinz Posen nach allen Orten Deutschlands und umgekehrt** Erledigung von Provinztransporten An- und Abfuhr von Waggonladungen — Transportversicherung — Packergestellung

---

Die hiesigen **deutschkatholischen Vereine** feiern am **Mittwoch, dem 22. Februar** in der Villa Flora, ulica Grunwaldzka (früher Auguste-Viktoria-Straße), gemeinsam ein

Wintervergnügen,

bestehend aus **Theatervorstellung, Vorträgen u. Tanz.** Anfang ½8 Uhr. Teilnehmerkarten zu Mark 20 für jede Person zu haben bei Kaufmann Müller (Firma Pache), Alter Markt 84 Ecke Schloßstraße.

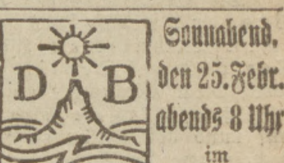
---

2 große Konzerte
des [5398
ukrainischen Chores

unter Leitung des Herrn **Korko** finden statt: **Sonnabend, den 18. und Sonntag, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr** im Saale des Evangel. Vereinshauses. Billetts von 115—575 Mark sind in der Buchhandlung Górski, ulica 27. Grudnia (fr. Berliner Str.) 20, zu haben.



Montag, 27. Februar, abends 8 Uhr im
Großen Saale des Ev. Vereinshauses:
Vortrag
mit Gesang
Kapellm. **E. Mörike**, Berlin
Ida Mörike-Baßler, Sopran
Der Humor im deutschen Kunstlied.
Eintrittskarten in der Evang. Vereinsbuchhandlung.



Sonnabend, den 25. Febr. abends 8 Uhr im
großen Saale des Ev. Vereinshauses
Hans-Sachsabend
Fastnachtsspiel.
Leitung: **J. Marowski.**
Eintrittskarten
Evang. Vereinsbuchhandlung.



empfiehlt ihre
ausgezeichneten Zigaretten
Bekannt durch den vornehmen Geruch und Wohlgeschmack

Zahle für Steinmarderfelle bis 45 000 M.
für Baummarderfelle bis 45 000 M.
Iltis-, Hasen-, Ziegen-, Schaf-, Roß-, Rind-, Kalb-, Reh- u. Fuchs-Felle, Schafwolle, Pferdeschwanzhaare kauft zu höchsten Tagespreisen [5328
Kallmannsohn, Poznań, św. Marcin 34.

Ein angekörter
Deckhengst,
5 Jahre alt, braun, sowie ein gebrauchter
Motor,
8/10 PS., stehen zum Verkauf. Angeb. u. **G. B. 5385** an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

3-6 Zim.-Wohnung
gesucht
evtl. mit **Möbelübernahme.** Vermittl. erwünscht. Gefl. Ang. unter **K. C. 5433** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Meine
Zigarren- und Zigarettenfabrik
ist wegen anderen Unternehmens sofort billig
zu verkaufen. Wohnung, Kontor, Laden in d. Fabrik.
Offerten unter **5409** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Mittagessen 12 bis 6 Uhr
Abendessen 6 bis 11 Uhr
zu jeder Tageszeit
prima Eisbeine
Speisehaus **E. Buchmann**
Górna Wilda 119.

Ankäufe u. Verkäufe

Suche ein
Grundstück
mit leb. und totem Inventar zu kaufen. **Jozef Zawierta, Wieruszow,** ul. Cmentarna Nr. 3-4 Pow. Podzamcze. Kr. Kępno (Poznań). [5424

Kaufe ein Haus
in **Poznań.** Gefl. Angebote unter **B. P. 5329** an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Kaufen saubere
Wein- und Spirituosenfässer.
Offerten unter Angebot der Größen und des Preises an
Domaalski i Ska,
Poznań.

Allerneueste
Warschauer und ausländische Modelle, n. welchen
Sommerhüte umgepresst werd.
eingetroffen
Eigene Färberei
Hutfabrik
Leon
Szczawiński
Poznań,
Aleje Marcinkowskiego 25.

Steuerschutz. (Auch Danina).
Ich erteile Rat in **allen Steuerangelegenheiten.** (St.-uer-Erl., Berufungen usw.). 30jährige Praxis vorhanden. Sprechstunden nur vormittags von 9½ bis 12½ Uhr. Teleph. 6415.
Steueranwalt Klatt, staatl. Steuersekretär a. D.
Poznań - Lazarz, ul. Niewielska 8

---

8 Kilo Sacharin
450fach, Kristall, in ½ Kilo-Originalpackung, garant. echt Fabrikat Fahlberg, Mag. verk. **J. Wojahn, Gniezno,** Mieczysława 39. [5404

Darum benutze am Wochentagen die Nachmittags-Vorstellung **4 Uhr** zu den
Vier Teufeln

olens Bevölkerung.

Nach der Volkszählung vom 30. September 1921 leben in der ganzen Republik Polen 25 406 103 Menschen. Davon entfallen auf die Wojewodschaften Posen und Pommerellen 2 912 283, auf das ehemalige Kongreßpolen 11 221 249, auf Galizien 7 464 367, auf das Teichener Gebiet 145 241, auf die drei östlichen Wojewodschaften 3 662 963 Bewohner.

Als durchschnittliche Dichte der Bevölkerung ergibt sich für die ganze Republik (deren Flächeninhalt mit 385217 Quadratkilometer angegeben wird) 70 Menschen auf einen Quadratkilometer, für die Wojewodschaften Posen und Pommerellen (42 910 Quadratkilometer) 68, für das ehemalige Kongreßpolen (128473 Quadratkilometer) 87, für Galizien (79 080) 94, für Teichen (1002) 145, für die östlichen Wojewodschaften (113 752) 32. Der am dichtesten bevölkerte Teil Polens ist also das Teschener Gebiet, der am wenigsten dicht bevölkerte das östliche Grenzgebiet.

Die meistbevölkerten Städte sind Warschau mit 931 000 Einwohnern, Lodz 452 000, Lemberg (?), Krakau 182 000 Posen 170 000, Lublin 100 000, Sosnowice 86 000.

Die deutsche Bevölkerung bildet in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen 18,8 v. H. der Gesamtbevölkerung, und zwar in der Wojewodschaft Posen 17,8 v. H., in Pommerellen 20,9 v. H. Die Stärke der deutschen Bevölkerung in den einzelnen Kreisen der Wojewodschaft Posen wird durch folgende Prozentzahlen gekennzeichnet: Adelnau 21,6; Birnbaum 27,9; Bromberg Stadt 2 ,8; Bromberg Land 35; Czarnikau 23,7; Gnesen 17,8; Gostyn 9,3; Grätz 8,3; Inowroclaw 17,8; Jarotschin 6,2; Kempen 17,8; Kolmar 48; Koschmin 10,1; Kosten 3,3; Krotoschin 14; Lissa 2 ,3; Mogilno 20,8; Neutomischel 37,7; Obornik 27,8; Ostrowo 3,3; Pleschen 9,3; Posen Stadt 6,5; Posen Ost 12,2; Posen West 6,5; Rawitsch 21,2; Samter 12,8; Schildberg 10; Schmiegel 12,6; Schrimm 8,5; Schroda 5,8; Schubin 30,9; Strelno 10,4; Wirsitz 44,9; Witkowo 10,7; Wollstein 28,6; Wongrowitz 22,5; Wreschen 8,9; Znin 19,9. Den Anteil der deutschen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Kreise Pommerellens kennzeichnen folgende Prozentzahlen: Berent 21,1; Briesen 32; Dirschau 16,8; Graudenz Stadt 26,9; Graudenz Land 34,7; Karthaus 9,4; Konitz 32,1; Kulm 25,3; Löbau 9,7; Mewe 5,6; Neustadt 9,5; Putzig 12,2; Schwetz 25,4; Soldau 33,7; Stargard 10,7; Strasburg 17,4; Thorn Stadt 14,7; Thorn Land 21,3; Tuchel 18,8; Zempelburg 48,8.

Die größte Zahl deutscher Einwohner hat also unter den Kreisen der Wojewodschaft Posen der Kreis Kolmar (48 v. H.), unter den Kreisen der Wojewodschaft Pommerellen der Kreis Zempelburg (48,8 v. H.).

Aus der polnischen Presse.

Für eine Verständigung mit Deutschland tritt in Nr. 42 des „Glos Polski" der Lodzer Großindustrielle Ignacy Poznański ein, dessen Stimme um so mehr Beachtung verdient, als er einer der für die Wirtschaftsverhandlungen in Genua ausersehenen Delegierten sein soll. In der Übersetzung der „Lodz. Fr. Presse" lauten seine Ausführungen folgendermaßen:

„Polen ist nicht imstande, in Rußland irgendwelche Kapitalsanlagen zu tätigen, da es selbst seine eigene Industrie nicht voll in Betrieb zu setzen und zu erneuern vermag und daher an einen Export von Anlagekapital nach Rußland nicht denken darf. Selbst wenn unser Staat einen solchen Versuch unternehmen wollte, so wären wir, da die Investierungen vorwiegend in Eisenwaren und Maschinen oder in anderen bei uns wenig oder gar nicht erzeugten Objekten bestehen würden, gezwungen, diese Dinge in Deutschland zu kaufen. Infolgedessen würden unsere Investierungen wenig gewinnbringend sein gegenüber den von Deutschland getätigten Kapitalsanlagen. Polen würde somit, selbst bei den größten Anstrengungen, nicht an dieser Aktion teilnehmen können. Eine Auseinandersetzung über die Bedeutung des russischen Marktes für die polnische Industrie erübrigt sich. Die Ausfuhr unserer Erzeugnisse nach dem Westen ist eine vereinzelt vorkommende Erscheinung, die sich auf den Tiefstand unserer Valuta stützt: der Export nach Rußland hingegen ist eine natürliche Erscheinung, gegründet auf die Psychologie unserer Gesellschaft und auf die besondere Beschaffenheit unserer Industrie. Übrigens wird die tiefstehende Valuta, die uns augenblicklich eine Ausfuhr nach dem Westen gestattet, höchstwahrscheinlich als Folge der Ergebnisse der Konferenz von Genua so hochgestellt werden, daß sie uns den erwähnten Export nach dem Westen unmöglich machen wird. Die Finanzpolitik des Finanzministeriums arbeitet in dieser Beziehung analog den englischen Absichten. Die Engländer wollen durch Hebung der europäischen Währungen die Industrie Englands von der Konkurrenz anderer Länder befreien. Unser Finanzministerium bringt es durch seine Bemühungen zur Hebung der Valuta zu diesem Ergebnis. Auf der Konferenz in Genua werden wir nicht einmal imstande sein, hiergegen aufzutreten, da man uns die Argumente unserer eigenen Regierung entgegenhalten wird. Angesichts einer solchen Sachlage verbleibt uns lediglich der russische Markt, und auf diesem Markte wird unser Handel von Deutschland abhängig sein. Eine wirtschaftliche Verständigung mit Deutschland wird demnach unumgänglich. Einer unserer Politiker, mit dem wir uns hierüber unterhielten, sprach von der Möglichkeit einer individuellen Verständigung privater Firmen oder einzelner polnischer Industrieller mit den Deutschen und führte hierbei als Beispiele die Verständigung der französischen Gruppen mit Stinnes an. Es ist dies eine irrige Ansicht: die französische Gruppe, die mit Stinnes zu einer Verständigung gelangt, bietet den Deutschen die Gewißheit, daß sie in der Lage sein wird, unter gewissen Umständen einen Einfluß auf die politischen Kreise Frankreichs auszuüben, damit diese der Tätigkeit Stinnes' nicht übermäßig große Hindernisse in den Weg legen. Was Polen betrifft, so sind die Einflüsse der Industrie und des Handels auf die Politik bei uns derart unbedeutende, daß ein Abkommen mit einer Gruppe von Industriellen oder sogar von polnischen Banken für Stinnes keinerlei Bürgschaft für eine Unterstützung oder für Vergünstigungen von seiten der polnischen Regierung darstellen würde. Der verschwundene Einfluß, den bei uns Handel und Industrie auf die internationale Politik ausüben, ist im Auslande, vor allem aber in Deutschland, wohlbekannt. Der einzige übrigbleibende Weg, um sich den russischen Markt nicht zu verschließen, ist eine allgemeine handelspolitische Verständigung, d. h. ein Wirtschaftsabkommen mit Deutschland. Eine solche Abmachung liegt gleichzeitig im Interesse Deutschlands, um so mehr, da Polen den einfachsten und kürzesten Transitweg nach Rußland besitzt. Wenngleich dieser Transit auf der Konferenz in Genua mit Unterstützung Englands für die Deutschen in günstigster Weise und unter Anwendung von Zwang normiert werden sollte, so haben wir dennoch einen Schlüssel in Händen, der sehr schwer anzuwenden ist ohne unser Einverständnis. Es ist dies ein Trumpf in unserem Spiel, von dem Deutschland sehr wohl weiß. Die Unlust Englands, Polen in den Garantievertrag mit Frankreich mit einzubeziehen, ergibt sich in der Hauptsache daraus, daß England von seiten Polens Schwierigkeiten bei den Durchfuhrverhandlungen erwartet, wenn Polen sich gegen einen bewaffneten deutschen Angriff erst einmal völlig gesichert fühlen würde. Es ist dies ein irriger Gesichtspunkt Englands, doch schaut England leider auf uns als auf ein unruhiges und imperialistisches Volk. Die Engländer sind der Ansicht, daß die Sicherung unserer Grenzen die Durchfuhrverhandlungen mit Deutschland erschweren würden. Deutschland hingegen weiß, daß ihm keinerlei Verträge eine freie Durchfuhr gewährleisten werden, falls nicht der gute Wille von unserer Seite da sein wird. Im Falle einer Verständigung könnten wir auch von dem Überfluß des deutschen Kapitals nutznießen, das sich in neutralen Ländern befindet, falls wir den Deutschen die Unantastbarkeit dieses Kapitals verbürgen. Es wäre dies eine Angelegenheit von erstklassiger Bedeutung für den Wiederaufbau der polnischen Industrie und für die weitere Industrialisierung unseres Landes. Wir brauchen nicht anzunehmen, daß eine Verständigung mit den Deutschen eine Lockerung des französisch-polnischen Bündnisses nach sich ziehen würde. Ein handelspolitischer Vertrag zwischen Polen und Deutschland ist eine Notwendigkeit, und je rascher derselbe zum Abschluß gebracht wird, um so vorteilhafter wird er für beide Seiten sein. Man begreift das in Frankreich wohl; man weiß dort, daß dieser Zustand eines „Krieges im Frieden" nicht lange anhalten kann. Demnach muß es Frankreich gleichgültig sein, ob dieses Abkommen heute, in einem halben Jahre oder in zwei Jahren zum Abschluß gelangt. Eine handelspolitische Absonderung Deutschlands von seiten Frankreichs hätte dann ihre Daseinsberechtigung, wenn die Frage der Kriegsentschädigungen im Laufe eines oder zweier Jahre erledigt werden könnte. Alsdann könnte Frankreich damit rechnen, Deutschland durch handelspolitische Isolierung zur Erfüllung der ihm auferlegten Entschädigungsverpflichtungen zu veranlassen. Indes ist es eine allgemein bekannte Tatsache, daß die Angelegenheit der Kriegsentschädigungen sich lange Jahre hinziehen wird und daß im Laufe vieler Jahre alle paar Monate Konferenzen in dieser Frage stattfinden werden. Wir können so lange nicht warten. Der chauvinistische Teil Frankreichs wird, ohne Rücksicht darauf, ob eine deutsch-polnische Verständigung jetzt oder in einigen Jahren zustande kommt, uns dies stets übel nehmen, — der vernünftige Teil Frankreichs hingegen begreift schon heut, daß eine Verständigung mit Deutschland für uns eine Lebensfrage ist. Wem logische Beweise nicht genügen, zu dem sprechen geschichtliche Tatsachen. Es ist eine bekannte Tatsache, daß das französisch-russische Bündnis durch das Bestehen von französisch-deutschen und französisch-russischen Handelsverträgen keineswegs getrübt wurde. Zwei sozusagen erklärte politische Feinde schlossen untereinander stets Wirtschaftsverträge, ohne welche sich die heutige Welt nicht begehen kann. Eine Verständigung mit Deutschland wäre für uns besonders wichtig, da sie, in Unmrissen wenigstens, noch vor der Genueser Konferenz vorbereitet werden könnte, auf welcher man die Frage der wirtschaftlichen Erschließung Rußlands in der Wagschale wägen wird. Wenn es grundsätzlich nicht gelingen sollte, vor der Genueser Konferenz eine Verständigung mit Deutschland herbeizuführen, dann wären wir sehr an einer Verlegung dieser Konferenz interessiert, und zwar bis zur Verwirklichung einer solchen Verständigung, oder aber wir wären daran interessant, daß der Plan einer Kapitalsanlage in Rußland auf der Konferenz in Genua nicht durchdringt, da von diesen Investierungen der Außenhandel mit Rußland, der uns sehr angeht, abhängen wird. Wohl ist es Tatsache, daß der Aufschub der Investierungen und der Wiederaufbau Rußlands den normalen Handel verzögern würde, vorteilhafter aber ist für uns die Verzögerung dieser Absatzmöglichkeit für den Handel, als daß wir zulassen sollten, von diesem Handel vollständig verdrängt zu werden.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 18. Februar.

Die Nöte des Hausbesitzerstandes.

Vor mir liegt folgendes Urteil des Posener Mietseinigungsamts, das am 5. Oktober v. Js. in der Angelegenheit eines Wildaer Hausbesitzers gefällt worden ist und in der Übersetzung folgendermaßen lautet:

„Es erschien nach Aufrufung nur der Hauswirt persönlich. Der Vorsitzende ordnete an, daß die Verhandlung mit den Mietern einzeln und nicht zusammen mit den andern stattfinden solle; die Mieter legten dagegen Protest ein und verursachten einen solchen Tumult, daß sich der Vorsitzende unter solchen Umständen gezwungen sah, die Verhandlung nicht stattfinden zu lassen. Der Hauswirt erklärte, daß die Mieter besonders gewalttätige Leute sind, so daß er sich fürchte, nach Hause zu gehen. Es entstand die Gefahr, daß die Mieter sich an dem Vorsitzenden und an den Beisitzern vergessen könnten.

Beschluß:

Es wird dem Hauswirt anempfohlen, für jeden Mieter besondere Anträge in zwei Exemplaren an das Mietseinigungsamt zu richten. Ferner wird empfohlen, die Angelegenheit zu vertagen, bis neue Anträge gestellt sind."

Das Urteil beleuchtet scharf das arge Mißverhältnis, wie es zwischen dem betreffenden Hauswirt und seinen 56 Mietern, meistens kleinen Leuten, eingerissen ist. Der Hausbesitzer hatte in Mietsstreitigkeiten die Entscheidung des Mietseinigungsamts angerufen, und in der betreffenden Verhandlung verursachten die Mieter einen derartigen Lärm, daß der Vorsitzende die Verhandlung abbrechen mußte, weil Gefahr bestand, daß die Mieter sich an dem Vorsitzenden und den Beisitzern vergreifen könnten, während der Hauswirt sich

Neuerscheinungen aus Recht und Wirtschaft.

III

Dr. Karasiewicz, Urząd Osadniczy w Poznaniu (Das Ansiedelungsamt in Posen). Poznań 1921.

Die kleine Broschüre, umfassend den Tätigkeitsbericht des dem Verfasser unterstellten Amtes für die Zeit vom 16. Mai 1919 bis 31. Dezember 1920, soll eine Selbstverteidigung gegen die Vorwürfe sein, die gegen das Amt und seinen Leiter fortgesetzt von den verschiedensten Seiten erhoben wurden, und die übrigens auch nach Erscheinen der Broschüre durchaus nicht verstummen wollen. Unter diesen abzuwehrenden Vorwürfen, die die Einleitung aufzählt, befindet sich insbesondere der, daß das Bezirkslandamt nicht neue Ansiedlungen schaffe, sondern einseitig in der Richtung auf rechtswidrige Aussiedlung der bisherigen Ansiedler arbeite, um deren Stellen Polen zukommen zu lassen.

Nach gebührender Hervorhebung der bei der Polonisierung und Reformierung der Ansiedlungskommission entwickelten Fixigkeit bespricht der Verfasser die Parzellierungstätigkeit, schildert angebliche und wirkliche Schwierigkeiten, die sich ihm hierbei entgegenstellten, und gibt dann die Resultate dieser Tätigkeit: Neuaufgebaute Stellen sind überhaupt nicht zu verzeichnen. Aus den Wirtschaftsgebäuden parzellierter Güter hat man 402 neue Wirtschaften mit 4536 Hektar Fläche gebildet. An 1274 Adjazenten sind 3639 Hektar abgegeben worden, und 49 von der Ansiedlungskommission noch nicht vergebene Restgüter mit 5845 Hektar Fläche hat man verkauft. Ferner sind in der oben angegebenen Zeit 577 bestehende Pachtansiedlungen mit 5159 Hektar und 2379 bestehenden Rentenansiedelungen (einschl. Mittelstands- und Bauernbankgrundstücken) mit 33 794 Hektar in polnische Hand verkauft worden, so daß der Verfasser als Gesamtergebnis die „Ansiedlung" von 4681 polnischen Familien und die „Vergrößerung (!) der Arbeitswerkstatt" um 52 973 Hektar buchen kann. Dem stellt er die Ergebnisse der preußischen Ansiedlungskommission gegenüber, die im Jahresdurchschnitt 700 Ansiedler angesetzt habe, und verkündet die Überlegenheit der Kolonisationstätigkeit des polnischen Amtes, die sich auch aus dem Vergleich mit der Kolonisationstätigkeit des nachrevolutionären Preußen ergebe (dort vom 1. Januar 1919 bis 30. September 1920 4885 neue Ansiedlungen mit 10 000 Hektar Fläche gebildet und an 16 439 Adjazenten 15 000 Hektar verkauft). Nur schade, daß das alles nur Potemkinsche Dörfer sind. Die Adjazentenparzellierung ist lediglich ein Aushilfsmittel. Daß das Bedürfnis danach hierzulande, wo die Zwergwirtschaften nicht übermäßig vertreten sind, nicht allzu groß ist, zeigt die geringe Anzahl der Reflektanten (S. 32). Die Schaffung von Restgütern ist überhaupt keine innere Kolonisation, und die Zerteilung von großen Wirtschaftseinheiten ohne Aufbau von Bauernstellen und Schaffung der zugehörigen Gemeindeeinrichtungen ist für die Hebung der Landeskultur auch ohne Belang, wenn nicht gar schädlich. Volkswirtschaftlich waren die jährlich 700 Neuansiedlungen der preußischen Ansiedlungskommission wertvoller als die ganzen Riesenziffern des Bezirkslandamtes und der preußischen Kolonisation von 1919 zusammen. Im übrigen zeigen die Zahlen, daß die ganze Kolonisationstätigkeit des Ansiedlungsamtes sich ganz und gar auf die noch nicht verbrauchten Landreserven der Ansiedlungskommission stützt. Interessante Angaben über die Verkaufsbedingungen enthält das Kapitel „Boden- und Gebäudepreise". Es folgt eine Erörterung der Siedelungsgenossenschaften, wobei erwähnt wird, daß die Gurtschiner Siedlungsgenossenschaft mit Unterstützung des Ansiedlungsamtes zwei Zweifamilien-Arbeiterhäuser mit je 450 000 M. Kosten erbaut, vom Bau weiterer Häuser aber mit Rücksicht auf die Kosten Abstand genommen habe. Das ist die einzige genossenschaftliche Bautätigkeit, von der der Verfasser zu berichten weiß. Um so mehr ist dafür zu berichten von der Polonisierungstätigkeit hinsichtlich der von deutscher Zeit her bestehenden Siedlungsgenossenschaften. Sie befänden sich — 29 an der Zahl — unter der Zwangsverwaltung des Ansiedlungsamtes. Ein Teil sei bereits in der Weise polonisiert, daß man durch Aufnahme neuer Mitglieder eine polnische Mehrheit erzielt habe (fälschlich wird darunter der Posener Beamten-Konsumverein aufgeführt, der bekanntlich — im Gegensatz zum Beamtenwohnungsverein — diese Art der Polonisierung erfolgreich abgewehrt und sich freiwillig liquidiert hat), und der Rest werde „sich wahrscheinlich im Laufe des Jahre 1921 polonisieren". 369 Arbeiteransiedlungen der Siedlungsgenossenschaften sind durch Kauf in polnische Hand gekommen.

Der Bericht über den finanziellen Stand des Ansiedlungsamtes ergibt merkwürdigerweise — trotz der Übernahme eines Barbestandes von 2⅓ Mill. deutscher Mark von der preußischen Ansiedlungskommission und trotz des Ausverkaufs der großen deutschen Landreserven ohne Zukauf auch nur eines Quadratmeters neuen Landes aus Privathand (S. 15) — eine fortgesetzte Verschlechterung. Der Verfasser macht für das Defizit den Umstand verantwortlich, daß die Ansiedlerrenten nicht entsprechend der Valutaentwertung erhöht würden. Dem Übel könne aber abgeholfen werden. Die Schenkung von jährlich Hunderten von Millionen an die deutschen Ansiedler, die sich auf Kosten des polnischen Staates bereichern, so meint er wörtlich, könnte der Sejm durch Annahme eines Beschlusses aus der Welt schaffen dahin, daß dem Posener Landamt freistehen soll, die Verträge mit sämtlichen Ansiedlern zu brechen; denn die Verträge, die die preußische Regierung mit den Ansiedlern schloß, widersprechen den guten Sitten und zielen mit ihren antipolnischen Klauseln gegen die polnische Gesellschaft und den polnischen Staat. Denn die Ansiedler sitzen noch heute auf ihren Stellen auf Grund von Verträgen und Gesetzen, nach denen es Polen verwehrt war, Ansiedlungen zu erwerben. Ein solches Gesetz würde den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht widersprechen, der ja auf dem Standpunkt steht, daß es Polen freisteht, die ungerechte Tätigkeit der ehemaligen Ansiedlungskommission zu liquidieren". Über die krausen juristischen Gedankengänge dieser Begründung braucht man sich angesichts der früheren Laufbahn des Verfassers nicht zu verwundern; sie treten überall auf, wo sich der Verfasser in diesem Büchelchen auf juristisches Gebiet begibt. Staunen muß man aber darüber, daß ein Mann in solcher Stellung einen derartigen Mangel an Rechtsgefühl an den Tag legen kann, daß er nach einer Ausnahmegesetzgebung schreit, die ihren Raubcharakter nicht im mindesten verleugnet. Die Valutaentwertung ist für die Ansiedler hinsichtlich der Rentenzahlung gewiß von Vorteil, wie sie es für die Landwirtschaft überhaupt hinsichtlich der Hypothekenlast ist. Man könnte auch einer Ausgleichung dieses Vorteils durch gesetzgeberische Maßnahmen das Wort reden, um vor allem die Kleinrentner vor völliger Verelendung zu schützen, nie und nimmer aber in der Weise, daß der Staat da, wo er selbst als Gläubiger in Frage kommt, eine ihm günstige Umvalutierung vornimmt, während er der Not des kleinen Mannes, der auf die Zinsen seines Hypothekenkapitals angewiesen ist, tatenlos zusieht.

Aus den übrigen Kapiteln, die die einzelnen Tätigkeitszweige des Landamtes behandeln (Güterankauf, technische Arbeiten, Zwischenverwaltung, Liquidation der ehemaligen preußischen Ansiedlungskommission, Kontrolle über den Landumsatz) seien im einzelnen hervorgehoben die Zahlen über Ausübung des staatlichen Vorkaufsrechtes (144 Fälle bzw. fast 6000 Hektar), die Vorwürfe gegen die früheren preußischen Gutsverwalter wegen Sabotage und Devastierung der Güter, die Einzelangaben über Verkauf von Pacht- und Rentenstellen in polnische Hand (S. 18). An der Spitze steht in dieser Hinsicht der Kreis Briesen und die angrenzenden Kreise des Südostwinkels Pommerellens, daneben die um die Stadt Posen gelegenen Kreise. Der Auskauf der Ansiedler, bemerkt der Verfasser, würde noch beträchtlicher sein, wenn diese nicht so übertriebene Forderungen, und noch dazu in deutscher Valuta, stellten, und nicht von drüben die Nachricht hätten, daß sie im Falle freiwilligen Verkaufs an einen Polen bei der Parzellierung in Deutschland nicht berücksichtigt würden. Nicht unerwähnt soll bleiben die von keiner Sachkenntnis getrübte Ansicht des Verfassers über das Gemeindegliedervermögen der Ansiedler aus Anlaß der Besprechung der übrigen vom Verfasser falsch zitierten Ministerialverordnung über Auflösung des Gemeindegliedervermögens. Er stellt es so dar, als sei das zum Gemeindegliedervermögen gehörende Land eine Schenkung des Staates an die Ansiedler gewesen, während letztere doch in Wirklichkeit dies Land ebenso gegen Rente kaufen mußten, wie das ihr Alleineigentum bildende. Die Zahl der zur Genehmigung der Auflassung in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis 15. Februar 1921 eingegangenen Besitzwechselverträge wird auf 15 072 angegeben, die Zahl der nicht erteilten Genehmigungen auf etwa 6 v. H. dieser Zahl geschätzt, wobei die Hälfte der Versagungen auf „politische Gründe" entfalle.

Eine große Anzahl statistischer Anlagen ist dem Buche beigegeben, u. a. ein Verzeichnis der „parzellierten" Güter, eine eingehende Statistik der in polnische Hand übergegangenen Ansiedlungen, Mittelstands- und Bauernbankgrundstücke, Verzeichnisse der Erwerber der neugebildeten Restgüter, letztere wohl zur Entkräftung des Vorwurfs, die Güter würden an Nichtlandwirte abgegeben, die eine landwirtschaftliche Existenz durchaus nicht nötig hätten. Erreicht wird eher das Gegenteil. Fast in allen Fällen figuriert als Erwerber ein „Landwirt" mit dem Klammerzusatz „General" (auch General Haller tritt als Restgutsbewerber auf), „Oberst" usw. oder auch „Beamter des Bezirkslandamts". Und wenn es sich um Erwerber handelt, denen man das Prädikat „Landwirt" unter keinen Umständen beilegen kann, wie im Falle Ninino, dann hilft man sich, indem man die Rubrik „Erwerber" durch die Eintragung „für gewerbliche Zwecke" u. a. umschreibt. Die verkauften Restgüter sind zum Teil auffallend groß. Solche von 419 Hektar, 238 Hektar, 214 Hektar werden aufgeführt. Ein Restgut von 358 Hektar hat ein Beamter des Bezirkslandamtes auf zwölf Jahre in Pacht genommen. Interessant, wenn auch ohne aktuelle Bedeutung, sind die zum Teil aus der Neuauflage von Bernhards Buch über die „Polenfrage" entnommenen Statistiken über das Ergebnis des Kampfes um den Grund und Boden in Posen und Westpreußen in der Zeit von 1896 bis 1914 (S. 63 ff.) (Polnischer Gesamtgewinn von 105 400 Hektar.)

Dem nächsten Geschäftsbericht des Bezirkslandamtes kann man angesichts des vorliegenden mit Interesse entgegensehen, insbesondere auch hinsichtlich der Frage: Wie weit ist das, was am Schluß des jetzigen Geschäftsberichtes als Programm angekündigt, inzwischen Wirklichkeit geworden?

E. M.

vor den besonders gewalttätigen Mietern fürchtete, nach Hause zu gehen. Diese im Urteil festgelegten Ausführungen sprechen mehr als Bände. Wenn man auch annehmen darf, daß ein derartiger Fall so ziemlich vereinzelt dasteht, so muß doch auf der anderen Seite zugegeben werden, daß die Verhältnisse zwischen Hausbesitzern und Mietern in Posen leider in den meisten Fällen von dem patriarchalischen Verhältnis nichts mehr ahnen lassen, das zwischen den beiden Parteien ehedem bestand. Im Gegenteil, das ehedem schiedlich-friedliche Verhältnis ist getrübt, und das Mietseinigungsamt wird häufig um seine Entscheidung angegangen, wo ehedem eine freundliche Aussprache zwischen dem Hausbesitzer und seinem Mieter genügte. Verursacht ist das derzeitige Mißverhältnis durch die Tatsache, daß an die Stelle des alteingesessenen Hausbesitzerstandes in den meisten Fällen die aus Kongreßpolen und Galizien zugewanderten Besitzer getreten sind, die mit einer Riesenmenge von Tausendmarkscheinen und einem großen Häuserhunger hier einwanderten und für die Häuser jeden geforderten Preis zahlten, der in gar keinem Verhältnis zu den Mietseinnahmen steht, aus denen doch zum mindesten die Hypothekenzinsen gedeckt werden sollten. Über derartige Bedenken kamen die neuen Besitzer in der stillschweigenden Voraussetzung leichten Herzens hinweg, daß sie, sobald sie nur erst einmal Herren der Lage sind, schon durch recht kräftige Mietssteigerungen wieder zu ihrem Rechte kommen würden.

Doch das bekannte Mieterschutzgesetz vom 18. 12. 1920 schob diesem „löblichen Bestreben" einen kräftigen Riegel vor, indem es einmal den Hausbesitzern das Recht der Wohnungskündigung, abgesehen von ganz besonders schwerwiegenden Gründen, na[illegible] und andererseits nur eine Verdoppelung der Wohnungsmieten gegenüber der Friedensmiete gestattete. Durch diese beiden Bestimmungen ist nun aber auch der nur noch spärlich vorhandene alteingesessene Hausbesitzer in eine schwere Notlage geraten, besonders durch die Mietssätze, die, wie jeder Unbefangene zugeben muß, der Entwertung des Geldes, die in den letzten fünf Vierteljahren eingetreten ist, in keiner Beziehung entsprechen. Man wende doch nicht ein, daß die Mieter ja auch den größten Teil der Unkosten für Wasser, Haus- und Straßenbereinigung, Beleuchtung, Schornsteinfeger, Gemüllabfuhr usw. anteilig tragen müssen. Als ob damit des Hausbesitzers Schultern von den ins Ungemessene gesteigerten sonstigen Ausgaben für durchaus notwendige Reparaturen entlastet würden, die unter allen Umständen vorgenommen werden müssen, wenn das Haus nicht völlig zur Ruine werden soll. Man bedenke weiter, daß ehedem der Hausbesitzer aus den Mietseinnahmen seinen eigenen Lebensunterhalt in den meisten Fällen bestreiten konnte. Daß dies bei der heutigen vollständigen Entwertung des Geldes nicht mehr der Fall ist, dürfte jedem Kenner der einschlägigen Verhältnisse klar sein. Mir sind jedenfalls eine ganze Reihe von Hausbesitzern bekannt, die ehedem in Posen zu den reichen Leuten zählten, heut aber durch die vollständige Verelendung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sind, oft in sehr weit vorgeschrittenem Alter einen Nebenerwerb zu suchen, um sich nur über Wasser zu halten.

Unter diesen Umständen ist der Ruf des Hausbesitzerstandes nach einer Änderung des Mieterschutzgesetzes berechtigt, nicht aber nach seiner vollständigen Beseitigung. Die Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt liegen heut infolge des Fehlens jeglicher Bautätigkeit derartig, daß zunächst die Zwangsbewirtschaftung der Wohnungen unter allen Umständen beibehalten werden muß, wenn man nicht etwa wünscht, daß auf dem Wohnungsmarkt eine noch heillosere Verwirrung und Verwilderung einreißen soll, als es ohnehin schon der Fall ist. Denn es besteht die furchtbare Gefahr, daß, sobald dem Hausbesitzer das Recht, über seine Wohnungen frei zu verfügen, wieder eingeräumt wird, die Wohnungen nur noch ausschließlich Schiebern, Kriegsgewinnlern usw. vorbehalten bleiben würden, während der solide, auf seine trotz der hohen Gehälter und Löhne spärlichen Einnahmen angewiesene Mieter, der nicht in der Lage ist, für eine Wohnung Phantasiepreise und außerdem noch einmalige Abfindungssummen im Betrage von einer halben bis zu einer Million und darüber zu zahlen — Preise, die, wie wir wissen, in Posen heut gar nicht so selten gezahlt werden —, glatt obdachlos auf der Straße liegen würde. Deshalb darf von einer Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung, so erwünscht diese an sich wäre, gegenwärtig nicht die Rede sein, wenn man nicht eine vollständige Revolution auf dem Gebiete des Wohnungswesens wünscht.

Bleibt nur noch die Beantwortung der zweiten Frage, der Erhöhung der bisherigen Mietssätze. Jeder Unbefangene und objektiv Denkende muß zugeben, daß in der Zeit der wahnsinnigsten Preissteigerungen auf allen Gebieten, die Hauswirte sich nicht mehr mit Mieten zufrieden geben können, die zwar Ende 1920 noch zeitgemäß waren, heut aber auf dieses Prädikat auch nicht den mindesten Anspruch erheben dürfen. Für uns handelt es sich nur um die Frage, in welcher Höhe die heutigen Mieten gesteigert werden dürfen. Nun schließen manche Wirte so: 1914 zahlte der Durchschnittsmieter ein Fünftel seiner Jahreseinnahme als Miete, infolgedessen muß heut das Gleiche bezahlt werden. Vertreter dieser Ansichten sind in letzter Zeit im „Pos. Tagebl." zum Worte gekommen. Sie schießen aber zweifellos weit über das Ziel hinaus. Denn wie steht die Sache in Wirklichkeit? Der Mieter, der heut, sagen wir einmal, eine Jahreseinnahme (als Gehalt oder Lohn) von 600 000 M. hat, müßte nach dem Rezept dieser Herren 120 000 M. Jahresmiete zahlen. Wie fehlerhaft diese Logik ist, geht aus der unbestreitbaren Tatsache hervor, daß die 600 000 M. Jahreseinnahme auch nicht annähernd der Friedenseinnahme von 4800 M. entsprechen, die derselbe Mieter 1914 hatte. Denn damals war dieser Mieter in der angenehmen Lage, für sich und seine Familie von diesem Gehalt nicht nur die Lebensmittel, sondern auch die Bekleidung zu bestreiten, sich im Sommer eine Erholungsreise zu gönnen und noch obendrein einen Spargroschen zurückzulegen. Und heut? Ich möchte den sehen, der dieses Kunststück mit seinen 600 000 M. Einnahme fertig bringt. Knapp, daß es zur Bestreitung der Lebensmittel und der allerdringendsten Ausgaben hinreicht. Wohin sollte es nun führen, wenn von den monatlichen 50 000 M. der Hauswirt für die Wohnung nun auch noch 10 000 M. monatlich einstreichen wollte. Dann wäre der Mieter der Gefahr des langsamen Verhungers ausgesetzt. Hinzu käme noch eine weitere Gefahr. Diese hohen Mieten würden eine abermalige Häuserverkaufswut, natürlich zu entsprechend gepfefferten Preisen, zeitigen. Die neuen Hauswirte würden die Mieter wieder mit Mietssteigerungen beglücken, und die Schraube ohne Ende wäre fertig.

Ernsthaft kann die Frage der Miete in Höhe von einem Fünftel der Jahreseinnahme des Mieters aus den oben angeführten Gründen gar nicht diskutiert werden. Dagegen erscheint uns der vorgeschlagene Weg, der ja auch den Sejm beschäftigt, einer Versechsfachung der Friedensmiete als für beide Teile gangbar. Gar nicht selten sind heut die Fälle, in denen der Wirt von seinem Mieter für eine Dreizimmerwohnung jährlich 1200 M. erhält, während der Mieter sich von seinem Aftermieter für ein möbliertes Zimmer 3000—8000 M. monatlich zahlen läßt. Die eingangs dieses Artikels erwähnten 56 Mieter haben bis auf ganz geringe Ausnahmen möblierte Zimmer vermietet und haben so eine glänzende Einnahme, während der Wirt das Nachsehen hat. Das sind natürlich ganz unhaltbare Zustände, denen durch das neue Mieterschutzgesetz, das wir in absehbarer Zeit zu erwarten haben, gesteuert werden muß. In allen diesen Fällen muß der Hauswirt durch eine Beteiligung an der Einnahme für möblierte Zimmer ein Äquivalent für die Wohnung erhalten. hb.

Eine neue Wahlkreiseinteilung.

Die Unterkommission des Sejm, die die Neueinteilung Polens in Wahlkreise vorzunehmen hat, hat ihre Arbeiten zu einem gewissen Abschluß gebracht. Der Sejm wird zu der Neuaufstellung der Kreise und der auf sie entfallenden Mandate jetzt Stellung zu nehmen haben. Auf das ehemals preußische Teilgebiet entfallen folgende Wahlkreise:

Wahlkreis 29 (Dirschau, Stargard, Mewe, Berent, Karthaus, Neustadt, Putzig) 5 Mandate; Wahlkreis 30 (Graudenz Stadt und Land, Schwetz, Tuchel, Konitz, Zempelburg) 5 Mandate; Wahlkreis 31 (Thorn Stadt und Land, Culm, Briesen, Strasburg, Löbau, Soldau) 5 Mandate; Wahlkreis 32 (Bromberg Stadt und Land, Hohensalza, Schubin, Wirsitz, Strelno, Znin) 6 Mandate; Wahlkreis 33 (Gnesen, Mogilno, Wreschen, Schroda, Witkowo, Wongrowitz, Obornik) 5 Mandate; Wahlkreis 34 (Posen-Stadt) 3 Mandate; Wahlkreis 35 (Posen-Ost und -West, Schrimm, Kosten, Lissa, Rawitsch) 5 Mandate; Wahlkreis 36 (Samotschin, Czarnikau, Kolmar, Birnbaum, Neutomischel, Grätz, Wollstein, Schmiegel) 5 Mandate; Wahlkreis 37 (Ostrowo, Adelnau, Schildberg, Kempen, Pleschen, Jarotschin, Koschmin, Krotoschin und Gostyn) 6 Mandate.

Außerdem werden zum ersten Male auch die oberschlesischen Wahlkreise aufgeführt.

Volksbildung und bewegliches Lichtbild.

Bereits seit Jahren hat das Ausland die Verwertung des beweglichen Lichtbildes zu Lehrzwecken aufgenommen. Große Filmfabriken haben besondere Abteilungen, sogenannte „Kulturabteilungen" ins Leben gerufen, die sich unter der Mitwirkung bedeutender Schulmänner nur mit der Herstellung von Lehrfilmen für alle Stufen des Unterrichtes, des Volkswohles und der Volksbildung zu befassen haben. Diese gemeinnützige Einrichtung ist in der Voraussetzung geschaffen worden, daß allen staatlichen und städtischen Schulverwaltungen in jeder Weise einwandfreie, wissenschaftlich vollwertige Filmstreifen zugänglich gemacht werden. In der Ausbeutung dieses trefflichen Hilfsmittels ist uns das Ausland mit gutem Beispiel vorangegangen. In Amerika ist der Gedanke so weit ausgebaut worden, daß jede Lehranstalt mit einem Vorführungsapparat ausgestattet ist. Es ist letzthin gelungen, für unseren Landesteil eine größere Zahl hochwertiger Lehrfilme, erdkundlichen und naturgeschichtlichen Inhalts, zu besorgen, die im Laufe der kommenden Wochen den Schülern der Lehranstalten vorgeführt werden sollen. Be.

✕ **Butterpreis.** In der Woche vom 13. bis 18. d. Mts. betrug der Großhandelspreis für Butter in Posen 730—750 M. für das Pfund.

Villenverkauf. Der Besitzer des Hotels Adler in Bromberg, Aleksander Marcinkowski in Posen, verkaufte die Villa nebst angrenzenden Bauplätzen in der ul. Konopnickiej 14/15 (fr. Goethestraße) durch Vermittelung der Güterkommissionsfirma Max Levy in Posen an den Bankdirektor Mieczysław Kłos aus Posen. Die Übergabe hat bereits stattgefunden.

Das achte Sinfoniekonzert des Theaterorchesters findet unter Herrn Dołżyckis Leitung am Sonntag, dem 26. Februar statt. Es bringt folgendes bemerkenswertes Programm: Schumanns B-dur-Sinfonie (Nr. 1), Mendelsohns Violinkonzert (gespielt von Herrn Wład. Wiłkowski) und Brahms' D-dur-Sinfonie (Nr. 2).

Aus dem Großen Theater. Infolge einer Erkrankung des Darstellers des Erik im „Fliegenden Holländer" ist die erste Aufführung dieser Oper auf Dienstag, den 21. Februar verschoben worden. Die für Sonnabend gelösten Eintrittskarten behalten ihre Gültigkeit. Am Sonnabend wird Moniuszkos „Halka" aufgeführt, am Sonntag nachmittag Verdis „Traviata" zu ermäßigten Preisen, am Sonntag abend d'Alberts „Tiefland" mit Herrn Direktor Dołżycki am Dirigentenpult. Am Montag wird Słowackis Tragödie „Villa Peneda" zum zehnten Mal gespielt.

Der Deutsche Theaterverein bittet Besteller von Eintrittskarten zu dem am 24. d. Mts. stattfindenden Maskenball, die ihre Karten noch nicht in Empfang genommen haben, dies möglichst umgehend zu tun. (Die Karten sind bei dem Geschäftsführer des Vereins in der Deutschen Bücherei, ul. Zwierzyniecka 1, zu haben.)

---

* **Samter,** 17. Februar. Seit heute verkaufen die hiesigen Bäcker das Brot wieder teurer. Da sie mit 150 Mark für ein 3 Pfd.-Brot nicht auf die Kosten kommen, verlangen sie jetzt 185 Mk., das ist eine Pfundpreiserhöhung von 50 auf 62 Mk.

* **Gorzno** 15. Februar. Läßt ein Pferdebesitzer sein Pferd beschlagen, muß er für diese Arbeit bei den Schmieden in Gorzno für den Huf 100 Mark entrichten. — Hier in Gorzno kostet ein Pfund Salz ohne Karten 45 Mark; trotzdem ist es noch schwer zu bekommen.

* **Obornik,** 17. Januar. Der Deutsche Bauernverein Jaracz, Kreis Obornik, hielt am 15. d. Mts. eine Versammlung ab, zu welcher die Mitglieder fast vollzählig erschienen waren. Herr Pirscher-Rogasen sprach über landwirtschaftliche und wirtschaftliche Verhältnisse in Rußland, woran sich eine Aussprache anschloß. — Der bisherige Schriftführer, Herr Lehrer Heinrich, legte sein Amt nieder, da er demnächst auswandert. Die Versammlung dankte Herrn Heinrich für seine mustergültige Tätigkeit und wählte einstimmig Herrn Hugo Lange zum Schriftführer. Einige neue Mitglieder wurden aufgenommen.

* **Wirsitz,** 17. Februar. Dem Kinderkrüppelhaus Wolfshagen wurden am 11. d. Mts. namens des Ausschusses eines für die bedürftigen Kinder Zentraleuropas in Chicago abgehaltenen Bazars 25 Dollar überwiesen. Im Begleitbrief wünscht der Sekretär des Verteilungsausschusses der Anstalt „Gottes reichen Segen zum Gedeihen Ihrer ferneren Arbeit" „im Namen vieler wohlgesinnter Stammesgenossen". Die Chicagoer Spende hat in polnischem Gelde einen Wert von annähernd 75 000 Mark. — Dazu wird von der Vorsteherin der Anstalt, der Diakonissen-Oberin Gräfin von der Goltz noch geschrieben: „In der Zeit, als dieser Weihnachtsbazar in Chicago stattfand, umbrauste unser Haus ein orkanartiger Sturm und beschädigte das Dach unseres Haupthauses so, daß ein eiligst hinzugerufener Dachdecker erklärte, es müsse, sobald kein Frost mehr wäre, ganz umgedeckt und zur Hälfte mit neuen Steinen versehen werden. Eine Ausgabe von über 100 000 Mark. — Das waren Sorgen, die uns seither bedrückten. Und doch war die Hilfe seit diesem Geschehen schon unterwegs."

* **Bandsburg,** 14. Februar. Am 1. d. Mts wurde hier der letzte deutsche Magistratsbeamte, der Assistent Sohn, entlassen. Er war bei beiden Nationalitäten sehr beliebt. — Der hiesige Stadtkämmerer, Kaufmann Hackbart, hat optiert und wird nach Deutschland auswandern. — Kürzlich ist der frühere Polizeiwachtmeister Foede im Alter von über 80 Jahren verstorben. In Bandsburgs alter Zeit gehörte er zu den bekanntesten Persönlichkeiten unseres Städtchens. Mit einer großen Glocke bewaffnet, verkündete er die amtlichen Bekanntmachungen und Entschließungen des Bürgermeisters Piepersen. — Neben dem hiesigen Schwesternhause ist noch ein Brüderhaus errichtet worden. Die Brüder sind untergebracht auf dem ehemals Hammlerschen Rentamtsgrundstück. Die hiesigen Anstalten sind von dem gleichen Unternehmen in Deutschland abgetrennt worden.

Aus Ostdeutschland.

* **Swinemünde,** 14. Februar. In den frühen Morgenstunden wurde der 44 Jahre alte Bäckermeister Johann Schulz vor dem Backofen tot aufgefunden. Im ersten Stockwerk fand man das einjährige Kind der Familie Erdmann ebenfalls tot auf, während die Frau Erdmann bewußtlos war. Der Tod war beim Bäckermeister wie beim Kinde durch ausströmende giftige Gase aus dem mit Gas geheizten Backofen erfolgt. Die Gase waren auch durch die Decke in die oberen Wohnräume gedrungen.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin,** 12. Februar. Geradezu skandalöse Zustände bei einer Kriegsgesellschaft kamen in einer Verhandlung zur Sprache, welche die Berliner Strafkammer beschäftigte. Wegen schwerer Urkundenfälschung und Unterschlagung war der Buchhalter Johannes Mandel angeklagt. Der Angeklagte wurde, obwohl er wegen gleicher Verbrechen mehrfach, zuletzt mit 1½ Jahren Gefängnis, vorbestraft ist, bei der Karbidverteilungsstelle als Buchhalter angestellt. Die Folge war, daß Mandel, durch dessen Hände täglich Tausende gingen, sich bald an den ihm anvertrauten Geldern vergriff und damit unter die Rennbahnschieber ging. Obwohl er selbst nur 1500 M. monatlich verdiente, nahm er sich eine Privatsekretärin an, der er 1800 M. Gehalt zahlte. Da nach seiner eigenen Behauptung bei jener Kriegsgesellschaft nicht nur keine Kontrolle, sondern die grenzenloseste Liederlichkeit herrschte, war es dem Angeklagten möglich, in verhältnismäßig kurzer Zeit die Summe von genau 2½ Millionen Mark zu unterschlagen, die er angeblich auf den Rennbahnen verloren haben will, so daß das Reich, d. h. die Steuerzahler, den vollen Schaden zu tragen haben. Das Gericht erkannte auf zwei Jahre Zuchthaus.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich, aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

D. Str. 100. 1. Sie haben nur Anspruch auf polnische Valuta. 2. Diese Frage ist von uns schon unzählige Male dahin beantwortet worden, daß man, auch ohne für Deutschland optiert zu haben, unter bestimmten Voraussetzungen dorthin abwandern kann. Wegen der erforderlichen Papiere müssen Sie sich an den deutschen Fürsorgekommissar in Posen, Aleje Chopina 3a (fr. Kirchbachallee) wenden.

K. B. in B. Ihr Besitztum kann, da Sie polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität sind, nicht liquidiert werden. Sie können Ihr Besitztum ohne weiteres verkaufen. Ihre letzte Frage ist uns nicht verständlich.

J. A. Posen. Uns ist ein Mittel, wie man Samt wieder auffrischt, nicht bekannt. Vielleicht einer unserer geschätzten Leserinnen?

W. J. in P. Uns ist die Höhe der Steuer für Ihren Kreis nicht bekannt. Ihre Veranlagung zur dritten Klasse ist richtig.

F. P. Nr. 100. Ihre Frage ist schwer zu beantworten. Wenn Sie dem Käufer der Kuh mit Bestimmtheit in Aussicht gestellt haben, daß sie bis zu einem bestimmten Tage kalben muß, dieser Fall aber nicht eingetreten ist, sind Sie zu irgend einem Entgegenkommen dem Käufer gegenüber verpflichtet. In welcher Höhe, das können wir nicht entscheiden.

P. D. in L. Ihre drei Anfragen beantwortet Ihnen am zuverlässigsten und sachgemäß der deutsche Fürsorgekommissar in Posen, Aleje Chopina 3a (fr. Kirchbachallee).

E. H. in R. Mit der Übernahme des Getreides haben Sie auch die Gewähr für seine Sicherheit übernommen. Sie sind mithin schadenersatzpflichtig.

E. F., Schwersenz. Dagegen können Sie nichts machen.

A. K. in K. Eine derartige Adresse in Deutschland ist uns nicht bekannt. Wenden Sie sich doch an das amerikanische Konsulat in Warschau.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loewenthal; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Po'ens Anteil an der Welternte.

Infolge des Bolschewisteneinfalls und der Requisitionen ging im Wirtschaftsjahr 1920/21 ein Teil der polnischen Landwirte seines lebenden Inventars verlustig, wodurch die Bestellung weiter Strecken mit Wintersaat gefährdet wurde. Es ist jedoch den außerordentlichen Bemühungen der Landwirte zu verdanken, daß das Wintergetreide, wenn auch an manchen Orten spät, doch gesät wurde. Wo Pferde fehlten, wurden Ochsen vor den Pflug gespannt. Auf diese Weise war das im Herbst 1920 besäte Gebiet größer als das im Vorjahre. Der guten Entwicklung des Wintergetreides kam der milde Winter 1920/21 zugute; die spät gesäten Saaten gingen unter dem Schnee auf und konnten sich kräftigen. Alle Wintersaaten überwinterten gut, und Fälle von verdorbenen Saaten kamen nicht vor. Die mit Sommersaat bestellten Gebiete und die umgepflügten Äcker nahmen im Vergleich mit 1920 bedeutend zu.

Auch das Frühjahr und der Beginn des Jahres waren für das Wintergetreide günstig, was auch gute Erträge zur Folge hatte. Etwas schlechter fiel die Hafer- und noch schlechter die Kartoffelernte aus. Das ist auf die in der zweiten Jahreshälfte herrschende Dürre zurückzuführen. Im ganzen war, wenn man die Ostgebiete nicht mitrechnet, die Ernte größer als im Jahre 1920: Weizen um 48,3 Prozent, Roggen um 104,3 Prozent (mehr als das Doppelte) und Gerste um 31,5 Prozent. Dagegen waren die Hafererträge nur um 9,5 Prozent gestiegen, während der Ertrag an Kartoffeln um 15 Prozent abnahm.

Im Verhältnis zu Zeiten vor dem Kriege stellen sich die Erzeugnisse auf dem bezeichneten Gebiet folgendermaßen dar: Weizen 58,4 Prozent, Roggen 76,1 Prozent, Gerste 78,8 Prozent, Hafer 83,3 Prozent und Kartoffeln 72 Prozent. Wenn man das Gesamtareal Polens in Betracht zieht, so stehen die Erträge im Jahre 1921 zu dem durchschnittlichen Ertrag der drei letzten Vorkriegsjahre in folgendem Verhältnis: Weizen 56,0 Prozent, Roggen 71,1 Prozent, Gerste 73,3 Prozent, Hafer 77,3 Prozent und Kartoffeln 51,7 Prozent.

In absoluten Ziffern gestaltet sich die Ernte im Jahre 1921 wie folgt: Weizen 968 222,1 Tonnen; Roggen 4 247 508,3 Tonnen; Gerste 1 160 598,4 Tonnen; Hafer 2 174 186,6 Tonnen; Kartoffeln 16 741 531,3 Tonnen.

Die Ernte in Polen im Jahre 1921 stellt im Verhältnis zu den Erträgen der ganzen Welt (Rußland ausgenommen) folgende Prozentsätze dar: Weizen 1,1 Prozent; Roggen 20,2 Prozent; Brotgetreide (Weizen und Roggen) zusammen 4,9 Prozent; Gerste 4,4 Prozent; Hafer 4,6 Prozent und Kartoffeln 20,9 Prozent.

(Die Zahlen sind einer Veröffentlichung des Statistischen Amtes entnommen.)

Zur Frage der Erhöhung des Zollagios.

Wie die „Danz. Wirtschaftszeitung" berichtet (Nr. 2 vom 25. Januar 1922), nimmt der in Polnisch-Teschen erscheinende „Schlesische Merkur" folgende Stellung zu den Erhöhungen des polnischen Zollagios ein:

„Neuerlich wurde, wie bereits berichtet, das Zollagio bei uns erhöht: diese Verordnung wurde erlassen, ohne daß die wichtigsten Grundsätze der Volkswirtschaft berücksichtigt worden wären. Hierdurch entstand im Volke eine große Unzufriedenheit, ein wirtschaftliches Chaos und die Unmöglichkeit, die Preise zu reduzieren. Wir haben bereits des öfteren Gelegenheit genommen, um dies den Kunden vor Augen zu führen, um endlich einmal der Bevölkerung klar und deutlich beweisen zu können, daß nicht der Kaufmann die Warenpreise erhöht, sondern daran vollständig unschuldig ist. Die Zollerhöhung wirkt in geringem Maße zum Schutze der heimischen Industrie. Diese Vorteile stehen in gar keinem Verhältnis zum Schaden, den die Zollerhöhung anrichtet, da hierdurch die Teuerung wächst und die Verbilligung der Erhaltungskosten unmöglich wird. Wir fordern im Interesse des Staates und der ganzen Bevölkerung die Revision und Ermäßigung der auferlegten Zölle, und dies aus folgenden Gründen:

a) der Zoll ist eine Abart der indirekten Steuer und als solche im Widerspruch mit dem Grundsatze der Steuergerechtigkeit;

b) der hohe Zoll widerspricht den wichtigsten Interessen des Staates, da infolge des zu hohen Zolles der Import gewisser Artikel kleiner wird, die Einfuhr der Artikel des täglichen Bedarfes hinwiederum die Vergrößerung der staatlichen Ausgaben zur Folge hat. Trotzdem der Kurs unserer Valuta sich verbessert hat, erfolgt doch keine Preisermäßigung der importierten Waren;

c) die Preise der im Inlande erzeugten Waren erhöhen sich automatisch, bis sie den ausländischen Waren inklusiv Zoll gleichkommen;

d) in vielen Fällen kann der hohe Zoll nicht einmal durch die Absicht, die eigene Produktion zu schützen, gerechtfertigt werden, da die inländische Produktion unmöglich ist, beziehungsweise sich im Ursprungsstadium befindet;

e) der Prohibitivzoll verhindert die Entwicklung der eigenen Produktion infolge Fehlens der Konkurrenz mit dem Auslande. Man muß also eine Grenze ziehen zwischen den Interessen des Staates, der Entwicklung der heimischen Industrie und der Konsumenten und darf nicht den Zoll en bloc erhöhen, was fatale Wirkungen zur Folge hat.

Deutschlands Wirtschaftslage.

In gewissen Kreisen wurde schon für Januar ein wesentliches Nachlassen der industriellen Beschäftigung in Deutschland erwartet. Es hat sich gezeigt, daß dies in dem gefürchteten Umfang nicht eingetreten ist. Die Aufrechterhaltung der Konjunktur beruht allerdings auf der weniger erfreulichen Tatsache, daß die zum Teil eingetretenen, zum Teil in Kürze erwarteten Preissteigerungen den Anlaß zu vermehrten Bestellungen abgaben. Von den Preiserhöhungen der letzten Zeit ist besonders jene der Kohle wichtig, die durch Heraufsetzung der Bergarbeiterlöhne bedingt wurde. Zu den bekannten Aufschlägen auf die Syndikatspreise treten nun noch verteuernd die erhöhte Kohlensteuer und die neuen Gütertarife der Bahnen hinzu, die eine Erhöhung der Verbraucherpreise um 20—25 Prozent bedingen.

In Gefolgschaft der Kohlenpreiserhöhung treten nun auch bei allen Industrien mit starkem Kohlenverbrauch Erhöhungen ein. Für Roheisen stellen sich diese auf 88—141 M. je Tonne, was einer Erhöhung um rund 3 Prozent für die verschiedenen Sorten entspricht, bei Walzeisen ist die Steigerung der Verbandspreise 7 Prozent, bei Stabeisen etwa 10 Prozent.

Preisaufschläge für Stickstoffdünger und andere chemische Produkte sind in Kürze zu erwarten. — Beim Zement treten die Preiserhöhungen, die für die Gebiete der einzelnen Syndikate größere Unterschiede aufweisen, bereits mit Wirkung vom 1. Februar an in Kraft. (Rheinisch-westfälisches Gebiet und Süddeutschland um 95 auf 5895 bzw. 6235 M., Süddeutschland um 260 auf 6283 M.)

Für den Februar sind weitere Lohnerhöhungen infolge der Preisheraufsetzung für Umlagebrot um 75 Prozent zu erwarten, die wegen der Beschränkung der Reichszuschüsse für die Lebensmittelverbilligung und wegen der höheren Auslandspreise (als Folge der geringeren Kaufkraft der Mark) eintritt, während eine Preiserhöhung für die Umlagelieferungen der deutschen Landwirtschaft abgelehnt wurde. Nach dieser Erhöhung stellt sich die Wochenbrotration (1900 Gr.) auf etwa 12,25 M. im Einzelverkauf (für die einzelnen Kommunalverbände sind die Preise etwas verschieden).

Wie die Herabminderung der inneren Kaufkraft der Mark sich auswirkt, zeigen auch die Angaben des Statistischen Reichsamtes, dessen Index für Lebenshaltungskosten vom Durchschnitt Dezember zu Durchschnitt Januar von 1550 auf 1640, d. i. um 5,3 Prozent (gegen Januar 1921: 73,7 Prozent) gestiegen ist. Die fortschreitende Teuerung wirkt dahin, daß der Einzelhandel vieler Zweige über unbefriedigenden Absatz klagt, der seit Mitte Dezember unverändert gering geblieben ist.

Die Verkehrslage hatte sich im zweiten Drittel des Monats gebessert, besonders im rheinisch-westfälischen Bezirk, wo infolge lebhafter Anstrengungen der Eisenbahnverwaltung — allerdings erst nach weiterer Ausdehnung von Gütersperren — die Wagenstellung endlich befriedigend geworden war und der Abbau der Gütersperren beginnen konnte. Danach verursachten die so überaus ungünstigen Wasserverhältnisse eine neue Verschlechterung, gleichzeitig erschwerte der Frost den Bahnbetrieb. So war die Lage schon wenig erfreulich, als mit Anfang Februar der Streik der Bahnbeamten allem geregelten Güterverkehr ein völliges Ende brachte.

Handelsnachrichten aus Polen.

= **Polens Außenhandel im Dezember 1921** wird durch folgende Zahlen gekennzeichnet (in Klammern die Novemberzahlen): Die Gesamteinfuhr betrug 374.8 (321.5) Tausend Tonnen, darunter Kohle 290 5 (255). Getreide und Mehl 17 4 (9 9) Tausend Tonnen. Nach Abziehung dieser beiden Positionen, die, wie man annehmen darf, nur vorläufig unsere Einfuhr belasten, beträgt die Summe der Einfuhr 63 8 (56 4) Tausend Tonnen. Davon entfallen u. a. auf Baumwolle und Wolle 3.9 (3.3), auf Fische 12.5 (11 1), auf Metall-Fertigfabrikate 12.2 (10.8), auf andere Fertigfabrikate 14 8 (16.0) Tausend Tonnen. Die Gesamtausfuhr betrug 170.3 (147 0), davon Kohle 16 8 (10.3) Getreide und Mehl 6.5 (1.4), Rohholz 53.5 (48.2) Rohöl 8.4 (3.4), Zement 5.6 (4 4), Zucker 10.0 (0.7), Feld- und Waldsämereien 0.1 (0.3), Holzfabrikate 4.0 (4.5) Rohölerzeugnisse 40 3 (39.9) Metallerzeugnisse 1.8 (1.6), endlich andere Fabrikate 42 4 (44.7) Tausend Tonnen. („Monitor Polski" Nr. 30 vom 7. Febr. 1922.)

= **Hefesteuer.** Eine Verfügung des Ministerrates (Dz. Ust. Nr. 2, 1922, Ziffer 9) hat die Gültigkeit des Gesetzes über Hefebesteuerung auf das früher preußische Teilgebiet ausgedehnt.

= **Um die Herabsetzung des Zolls für Tagalstroh.** Zur Herstellung von Strohhüten wird 90 Prozent japanisches Stroh verwandt, welches „Tagal" genannt wird. Dieses Stroh ist außerordentlich teuer, weil Polen auf dessen Einfuhr einen hohen Zoll legt. Um diesen Industriezweig aufrecht zu erhalten, ist eine Gruppe von Vertretern dieser Industrie an das Ministerium für Handel und Industrie mit der Bitte herangetreten, für die Einfuhr dieses Strohs ermäßigte Zollsätze auf Grund des Art. 64 des Zolltarifs zu gewähren.

= **Eine englische Werft in Thorn.** Es scheint jetzt festzustehen, daß der Thorner Holzhafen endgültig als solcher zu bestehen aufhören wird. Die Thorner Stadtverordneten haben beschlossen, ihren Aktienanteil an der Holzhafen-Gesellschaft an die englische Firma Vickers abzutreten. Es steht nun noch die Genehmigung der polnischen Regierung aus, die aber auch wohl erfolgen dürfte. Die große englische Werftfirma Vickers beabsichtigt, am Holzhafen in Thorn eine große Flußschiffswerft und Maschinenfabrik anzulegen. Da es in Polen nur eine nennenswerte Werft für den Bau stählerner Schiffe gibt, so rechnet die englische Firma offenbar auf den Bau von Weichselschiffen in größerem Umfang. Allerdings wäre dazu erst eine Entwicklung der Weichselschiffahrt durch Ausbau der Weichsel Voraussetzung. Größere Aussichten wird man wahrscheinlich für die Maschinenfabrik haben. Die englische Firma soll eine besondere Gesellschaft mit dem Sitz in Thorn bilden, an der sich auch die Stadt Thorn beteiligen dürfte.

= **Verkauf des Urwaldes von Białowieś.** Der „Kurjer Polski" teilt mit, daß das Finanzministerium schon die Bedingungen für den Verkauf des Urwaldes von Białowieś bearbeitet habe. Es haben sich schon mehr als zehn Käufer gemeldet; hauptsächlich französische, englische, holländische und schwedische Unternehmer.

Handelsnachrichten aus dem Ausland.

= **Chemische Fabrik Milch, A.-G. in Oranienburg bei Berlin.** Der Aufsichtsrat der Gesellschaft hat beschlossen, die ordentliche Generalversammlung auf den 14. März d. Js. einzuberufen. Es wird vorgeschlagen, für das Geschäftsjahr 1920/21 eine Dividende von 20 Prozent zu verteilen und zur Verstärkung der Betriebsmittel 7½ Millionen Mark mit 6 Prozent verzinsliche Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht auszugeben.

= **Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft** versendet den Bericht über ihr 21. Geschäftsjahr (1. September 1920 bis 1. September 1921), das erste Geschäftsjahr der Interessengemeinschaft dieser Gesellschaft mit der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, der Siemens & Halske A.-G., Berlin, und der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vorm. Schuckert & Co, Nürnberg. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß der Betrieb auf allen Abteilungen ohne größere Störung verlief. Nur zu Beginn des neuen Geschäftsjahres riefen wilde Streiks auf verschiedenen Werken schwere Erschütterungen hervor, die dem Unternehmen und der Arbeiterschaft große Verluste bereiteten.

Für Neuanlagen wurden insgesamt Mk. 32 805 203,40 verausgabt. Das laufende Jahr erfordert ganz erhebliche Mittel für dringend notwendige Betriebsausgestaltungen und für den Bau von Arbeiter- und Beamtenwohnungen.

Über die Aussichten des neuen Geschäftsjahres läßt sich nichts sagen. Zurzeit sind die Betriebe gut beschäftigt, können aber infolge der Koks- und Kohlennot nicht annähernd ausgenutzt werden. Die Schwankungen des Markkurses in den letzten Monaten haben die Grundlagen der Wirtschaft von neuem schwer erschüttert. Langfristige Ein- und Verkäufe, die für eine stetige Betriebsführung notwendig sind, können nur unter großen Risiken abgeschlossen werden. Hierdurch ist ein ungesundes spekulatives Moment in die Betriebe getragen, das diesen früher unbekannt war. Für Steuern und soziale Lasten wurden insgesamt Mk. 2[illegible]7 509 849,— verausgabt. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten betrug im Monatsdurchschnitt 4671[illegible].

Der Überschuß der sämtlichen Abteilungen beträgt nach Abzug aller Betriebsausgaben, Handlungs- und Bürounkosten, Beiträge zu Vereinigungen, Berufsgenossenschaften, Knappschaftsvereinen, Unterstützungen von Beamten und Arbeitern, Steuern, Anleihe- und Hypothekenzinsen Mk 68 753 760,86. Unter Hinzurechnung des Vortrages aus dem Vorjahre von 698 529 47 M. ergibt sich somit ein Rohgewinn von 6945229[illegible],33 M.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand vorgelegten Bericht sowie die Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung geprüft und keine Einwendungen erhoben.

= **Eröffnung einer neuen Handelskammer in Petersburg.** Am 26. Januar ist in Petersburg eine neue Handelskammer für den Nordosten Sowjetrußlands eröffnet worden. Die Aufgaben der neuen Handelskammer sollen nicht nur in der Erneuerung der geschäftlichen Belebung Nordostrußlands bestehen, sondern auch in der Anknüpfung von Handelsbeziehungen dieses Teiles der Sowjetrepublik mit dem Auslande.

Berliner Börsenbericht

vom 17. Februar.

Diskonto-Komm.-Anleihe	452.—
Berliner Maschinen-Fabrik Schwarzkopf	1147.—
Hartmann Masch.-Aktien	890.—
Düsseldorf. Waggonfabrik-Aktien	850.—
Schantung Eisenbahnanl.	494.—
Neuguinea Comp.-Akt.	610.—
R. Wolff	9[illegible]0.—
4% Pos. Pfandbriefe	20.60
3½ % Pos. Pfandbriefe	21.—
Polnische Noten	5.80
Auszahlung Warschau	5 80
Kriesnoten	7.90
Dollar	204.50
Englische Pfund	887.50
Holländische Gulden	7590.—
Schweizer Franken	4010.—
Danzig polnische Mark	—.—
" " Noten	—.—

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	18. Februar	17. Februar
Bank Związku I.—IX. Em.	—,—	220 +
Kwilecki, Potocki i Ska. I.—VI. Em.	250 + A	250 + N
Pozn. Bank Ziemian IV. Em.	—,—	240 + A
R. Barcikowski	—,—	175 + N
H. Cegielski I.—VII. Em.	205 + N	200 + N
Centrala Skór	260 +	275 + A
Centrala Rolników	180 + N	180 + N
Hurtownia Związkowa	150 + A	160 + A
Hurtownia Drogeryjna	135 + N	130 + N
Lubań	1250 + N	1250 + N
Dr. Roman May	495 + N	——
Patria	400 +	390 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—IV.	550 + N	—,—
" " " V.	510 + N	—,—
Wytwornia Chemiczna I.—II. Em.	190 + A	—,—
" " III. Em.	165 + A	—.—
Arcona	270 +	275 + A
Wisla	1050 + N	——
Waggon Ostrowo	145 + N	145 + N
Hartwig Kantorowicz	500 +	520 + A
C. Hartwig I.—IV. Em.	—.—	300 + A
Orient	220 + A	—,—
Browar Krotoszyński	—.—	400 +

Auszahlung Berlin 17,45—17,35 + N.

Inoffizielle Kurse:	18. Februar	17. Februar
Bank Przemysłowców	235 + A	240 + A
Brzeski Auto	——	170—175 + N
Herzfeld-Viktorius	280—285 + N	—,—
Kabel	140 + N	—,—
Bentzki	500 + N	500 +
Sarmatia I. Em.	435 + N	430—435 +
" II. "	360-380 + A	—,—
Hurtownia Skór I. Em.	290—300 + N	290 + N
Papiernia, Bydgoszcz	—.—	200 + N
Pneumatik	145—150 + N	—.—
Sierakowskie Kopalnie Węgla	300 + A	300 + A
Zegar	——	550 +
4½ % Pos. Pfandbriefe	—.—	280 + N

A. = Angebot (polnisch: O. = ofiarowano).
N. = Nachfrage (polnisch: P. = pożądano).
+ — bezahlt (polnisch: + płacono).

Wetterbericht

unseres Wettersachverständigen vom 18. Februar 1922, früh: 9 Uhr.

Ort	Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.	Ort	Luftdruck in mm	Temperatur (Cels.)	Windrichtung	Windgeschwind. m in d. Sek.
Posen	758,3	—4	SO	5	Neapel	765 0	+18	SW	1
Bromberg	759.8	—5	SO	1	Florenz	763 9	+4	NO	1
Warschau	762.9	—7	SO	1	Zürich	762,3	+1	SSO	1
Lodz	762 6	—8	SSO	5	Paris	757,9	+5	S	5
Lemberg	767,[illegible]	—17	Windst.	0	Lerwick	742.8	0	O	6
Danzig	759 [illegible]	—6	SSO	5	Kopenh.	749 4	+1	SW	3
Berlin	755 [illegible]	+2	S	5	Karlstad	—	—	—	—
Hamburg	752 8	+3	SW	6	Stockh.	756,5	—3	SO	6
Belgrad	—	—	—	—	Bergen	—	—	—	—
Budapest	764 4	—7	Windst.	0	Helsingf.	761,3	—8	SSO	3

Luftdruckverteilung über Europa: Die zwischen England und Island stehende Depression hat sich verstärkt, bis nach Mitteleuropa und Skandinavien ausgedehnt und steht augenblicklich mit dem Mittelpunkt über der Nordsee. Kleine Hochs lagern noch über Süd- und Südosteuropa.

Das Wetter in Posen: Bewölkt, in den Vormittagsstunden etwas Schnee; relative Feuchtigkeit der Luft 98 Prozent; Schneedecke 13,8 Zentimeter; Niederschläge in den letzten 24 Stunden 0,1 Millimeter; Temperatur um 12 Uhr 0 Grad; der südöstliche Wind dreht langsam nach Süd, bei stark fallendem Barograph.

Voraussichtliches Wetter für den 19. Februar: Bewölkt, zeitweise leichte Niederschläge (Regen und Schnee); Temperatur um 0 schwankend, überwiegend über 0, ziemlich starke, südwestliche Winde, von Süd nach West drehend.

*

Allgemeine Grundlagen der Wettervorhersage. (Fortsetzung.) Wenn man eine Wetterkarte betrachtet, dann merkt man, daß der Luftdruck nicht überall der gleiche ist. In manchen Gegenden haben wir hohen, in andern wieder tiefen Barometerstand. Um diese Gebiete leicht übersehen zu können, werden die Orte gleichen Luftdruckes mit einer Linie verbunden, wovon schon im ersten Teile die Rede war. Wir erhalten dadurch Gebiete hohen und tiefen Druckes, jedoch sind die Formen nicht stets dieselben. Bei genauerer Prüfung mehrerer Wetterkarten finden wir 7 Formen der von Isobaren umschlossenen Gebiete: 1. Hochdruckgebiete, 2. Tiefdruckgebiete, 3. Sattel und Furchen, 4. Keile, 5. „V"-Depressionen, 6. Teildepressionen, 7. gradlinige Isobaren. Sind nun zwei Hochdruckgebiete einander benachbart, so wird an ihrer Grenzstelle eine Einsenkung bemerkbar sein. Diese Einsenkung nennt man, vom niedrigen Druck aus betrachtet, Sattel oder Rücken hohen Druckes, aber, vom hohen Drucke aus betrachtet, eine Furche niedrigen Drucks. Schiebt ein Hochdruckgebiet eine Isobare halbinselförmig vor, so nennt man das einen Keil hohen Druckes. Dringt von einem Tiefdruckgebiet eine Rinne talartig gegen den Hochdruck vor, so spricht man wegen der einem „V" ähnlichen Form der Isobaren von einer „V"-Depression. Zeigt sich innerhalb eines großen Tiefdruckgebietes, und zwar an seinem Rande, ein kleines, weniger tiefes Gebiet, so wird es Teildepression, Randdepression oder auch Randtief genannt. Die sogenannten Teildepressionen zeigen sich in Europa meistens an der Südost- bis Westseite. Treten sie an der Südwest- oder Westseite auf, dann entwickeln sie sich häufig zu selbständigen Depressionen und gehen parallel ihrer Mutterdepression weiter oder umkreisen diese, sie links liegen lassend. Alle Randdepressionen verraten sich auf den Wetterkarten anfangs nur durch eine Ausbuchtung einzelner Isobaren, den sogenannten „Gewittersatz". Die „V"-Depressionen, die meistens verschiedene Formen aufweisen, schieben sich zungenartig zwischen zwei Hochdruckgebiete, und zwar überwiegend mit der Spitze nach Süden.

Wegenersche Unterrichtsanstalten.

Am 1. 3. beginnt **viermonatl. Vorkursus zum letzten Hilfslehr.-Kursus;** dessen Ende 30. 6. 1923.
Am 1. 9. beginnt **3jähriger Vollkursus am neuen Seminar.** Voraussetzung ist Schlußzeugnis des Lyzeums oder einer Mittelschule, oder Beweis gleichwertiger Bildung bei der Aufnahmeprüfung.
Am 1. 9. beginnt **ein Seminar-Vorkursus für tüchtige Volksschülerinnen** (einjährig oder zweijährig je nach der Vorbildung).

Zahn-Atelier
W. Dzielinski (vorm. C. Sommer)
plac Wolności 5. [2059 b

Gold- u. Silbersachen
sowie
Uhren und Ringe
in allergrößter Auswahl.
Spezialität: Trauringe.
Herabgesetzte Preise.
St. Hubert, Poznań, św. Marcin 45.

Wer will Waren kaufen?

und zwar zu allerbilligsten, herabgesetzten Preisen, der möge schreiben oder, wenn er nach **Lodz** kommt, nach dem **Fabriklager** von
M. Bryl, Petrikauer Strasse 56, — im Hofe, III. Eingang, —
sich begeben, wo zu haben sind Rester u. in Stücken: weisse und farbige Leinwand zu Wäsche und Bettbezügen, Waren zu Ober- und Unterbetten, Flanelle, Barchente, Zeug, Tücher, Strümpfe, Tischdecken, Bettdecken, sowie Cheviots, Tuche, Korts und Wolle zu Damen- und Herrenanzügen, Kostümen, Mänteln, Kleidern und viele andere Waren.
Bemerkung: Der Versand erfolgt durch die Post unt. Nachnahme, Abfälle u. Reste in jeder Menge nach Erhalt von Angeld.
Preislisten und Proben werden nicht versandt



[756
Glühstrümpfe
empfiehlt en gros
Wielkopolska Centrala Żarówek W. Tomaszewski i S-ka.,
Poznań, ulica Wielka 8. Telephon 1586.

2000 bis 3000 Mk.
täglich verdient jeder, auch Frauen, leicht im Hause. — Ganz neuer Weg. — Allgemeine Anerkennungen. Nähere Informationen Nr. **490200. H. Falk, Warszawa,** Nowiniarska 14 m. 51.

Maschinen.- Cylinder.- Centrifugen.- Motoren.
Oele
Maschinen-Wagenfette Treibriemen, Packungen etc.
Sander u. Brathuhn, Poznań
Ul. Sew. Mielżyńskiego 23. Technisches Geschäft. Telephon 4019.

Suche Grundstücke und Güter
jed. Größe f. Käuf. aus Kongreßpol. u. Galiz. Ausf. Off. u. S. D. 5391 a Gschft. d. Bl.

Suche zu kaufen: [5382
1 Zuchthengst, geritten und gefahren, 4—5 Jahre alt,
2 Wagenpferde, 4—5 Jahre alt,
4 Ackerpferde, 4—5 Jahre alt.
Fürnrohr, Winiary (Gniezno).

Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für Monat März 1922
durch die Post zum Preise von M. 275.— zuzüglich Zustellgebühr.

Name ______________ Wohnort ______________
______________ Straße ______________

Saaten. Zur Saat Düngermittel.
empfehlen wir
Original schwedischen Saathafer „Swalöf"
Ligowo = Siegeshafer = Goldregen
ferner
anerkannte **erste** und **weitere** Absaat obiger wie auch sämtlicher anderen Gattungen.
Sommergetreide,
Klee, Grassaaten, Seradella, Lupinen, Runkelrüben, Futtermöhren u. sämtliche Feldsaaten.
Wir liefern gleichfalls gegen **Getreide** oder **Barzahlung:**
Chilisalpeter, Superphosphat 16/18%
Kalisalze 20/30/40% :-: Kainit.
Spezialofferten bitten wir einzufordern.

Wir sind stets **Käufer** für sämtliche
Getreidearten, Kartoffeln, Heu, Stroh und Wolle
und zahlen die höchsten Tagespreise.

POZNAŃSKI BANK ZIEMIAN Tow. Akc.
Oddział Rolniczo-Handlowy,
Poznań, Podgórna 10. Fernruf: 1393, 1394, 3694, 3697. Telegr.-Adresse: „ZIEMIA".
Filialen: Grudziądz, Bydgoszcz, Leszno, Ostrów.
[Par 557

Domänenpächter-Taxen
läßt durch Sachverständige nach Vorschriften des Landwirtschafts-Ministeriums umarbeiten zur sofortigen Einreichung in Berlin. [5415
Zentral-Buchstelle des Ostens,
Filiale Berlin NW., Hotel „Magerburger Hof", Georgenstr. 25.

Saatzuchtwirtschaft Sobotka,
powiat Pleszew (Wielkopolska)
gibt **nachstehendes, durch die Wielkopolska Izba Rolnicza anerkanntes Saatgut** ab:
Original von Stieglers Duppauer Hafer, lagerfester, mittelhoher Rispenhafer sehr ertragreich, großes weißes Korn mit feiner Spelze sehr starkes gelbliches Stroh. Preis pro 50 kg **8000 M.**
Original von Stieglers Kaisergerste, großes volles Korn, sehr starkes Stroh, gibt bei ausreichender Düngung und gutem Kulturzustand hohe Erträge. Preis pro 50 kg **8000 M.**
Original von Stieglers Roter Sommerweizen kann dieses Jahr nicht geliefert werden.
Versand erfolgt in Käufers frei einzusendenden, lochfreien und gut gereinigten Säcken oder in neuen Jutesäcken zum Tagespreis gegen Voreinsendung des Betrages ab Station Biniew oder Bronów. — Bestellungen bitte zu richten an die [5190
Posener Saatbaugesellschaft T. z o. p.
Poznań, ulica Wjazdowa 3.

Westpreußische Saatzuchtgesellschaft m. b. H.
Danzig, Sandgrube 22,
offeriert **zur Frühjahrsbestellung:**
Original Bensings Allerfrühesten Sommer-Weizen, frühreifend, für hohe Lagen und späte Aussaat bestgeeignetster und ertragreichster Weizen
Original Bensings Imperial-Gerste, frühe, lagerfeste, ertragreiche, gegen Staubbrand widerstandsfähige Sommer- und Braugerste.
Original Bensings Landgerste, relativ anspruchslose, ertragreiche Sommergerste, etwas später reif als Hanna.
Original Bensings Findling-Hafer, lagerfest, gibt auf kultivierten Böden sehr hohe Erträge. Kornfarbe gelb,
Original Bensings Adonis-Kartoffel, eine mehr frühe Speisekartoffel von höchster Ertragsfähigkeit, für bessere und mittlere Böden. 14877

Viele Reisen nach Landstellen
Höfen, Landgasthöfen sind vergebens, wenn die Vermittlung nicht in fachmännischen Händen liegt. Wenden Sie sich sofort an den
Norddeutschen Gütermarkt,
Hamburg, Steindamm 51, Alster 3013.
Genügend Objekte in allen Grössen.
Rückporto erbeten. [5422

Gasthaus-Verpachtung.
Die **Neuverpachtung des hiesigen Gasthauses** findet **am Mittwoch, dem 1. März, vormittags 10 Uhr** meistbietend statt. Bedingungen liegen im hiesigen Gutsbureau zur Einsicht aus. [5414
Die Gutsverwaltung Iłówiec.

Bekanntmachung.
Die **Wielkopolska Izba Rolnicza** veranstaltet am
Freitag, dem 24. März d. Js., in Poznań
die
6. Ausstellung u. Versteigerung
von Zuchthengsten und Stuten sowie Reit- u. Wagenpferden.
Die Anmeldung muß spätestens bis zum 1. März erfolgen. Die näheren Auktionsbedingungen sind im „Landwirt" sowie im „Landwirtschaftlichen Zentralwochenblatt für Polen" bekanntgegeben. [5265
Wielkopolska Izba Rolnicza.

Erlennutzholz-Verkauf.
Schriftliche Angebote (loko Wald) werden erbeten für:
ca. 15 Festmeter Erlen-Langnutzholz,
194 Rmtr. Erlen-Schichtnutzholz II. Kl.,
72 „ „ III. „
Weg zum Bahnhof, größtenteils Chaussee ca. 1½ Kilometer.
Am 8. März 1922, vorm. 11 Uhr 30 Min. Oeffnung der Angebote, Bekanntgabe der Bedingungen und des Zuschlags in hiesiger Gutskanzlei. [5408
Jabłonowo b. Ujście, pow. Chodzież, den 16. 2. 1922.
Die Forstverwaltung.

Erbschaftshalber wird gesucht
Agnes Kowinska
oder deren Erben. Off. u. **G. L. 5348** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Zuschneidekurse
erteilt jeder Zeit **Fr. Berger,** Damenschneid., Ogrodowa 5a. A. Wunich Log. Kleider, Blusen usw. werd. daselbst chic angef.

Student erteilt **Nachhilfestunden.** Zu erfr. in der Gesch. d. Ztg. u. **U. P. 5401.**

Möbeltaxen
gewissenhaft und sachgemäß.
Bernhardini,
Aleje Marcinkowskiego 3 b.

---

2 Inspektoren von hervorragenden Eigenschaften u. einkömmlicher Stellung suchen Damenbekanntschaft zwecks
späterer Heirat
Junge, hübsche anmutige Damen, die eine aussichtsreiche Partie zu machen wünschen, werden gebeten, ihre Verhältnisse darzulegen und ihr Bild einzusenden. Einheirat nur erwünscht, wenn größere Wirtschaft vorhanden. Verschwiegenheit und Rückgabe des Bildes zugesichert. Angebote unter **F. M. 5362** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Suchen Sie Käufer?
Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.
Meckelburg & Co.
Handelsfirma, Zentrale Poznań
W. 3 ul. Patr. Jackowskiego 35

Achtung!
Suche mehrere Wirtschaften aus deutschen Händen! Kleinere, kleinste, grosse und grösste Güter. Habe sehr günstige Käufer aus Amerika. Bitte um genaue Angabe des Umfanges sowie des lebenden u. toten Inventars, Beschaffenheit der Gebäude sowie um genauen Preis, ebenso voller Adresse, Post und Bahnstation. Bitte wenden Sie sich mit vollem Vertrauen an mein Bureau
Biuro Agenturowe
zakup. i sprzed. gruntów
W. Przybylski,
Kostrzyn, Rynek.

Tausch oder Kauf!
Ein massiv. 3-Familien-Haus nebst Stall, ½ Mrg. Gartenland mit Inventar, Nähe Posen. Preis 80000 M wird nach Deutschland zu tauschen gesucht. Gefl. Angebote unter B. H 5400 an die Geschäftsstelle dies. Bl.

● 1200 Mrg. ●
Rittergut in Schlesien, selten preisw., elektr. Licht, Anz. ⅔
● Kleinere Güter ●
50, 68, 88, 260, 400 usw.
Arlt & Co., Breslau,
Tauentzienstraße 53.

Obstbäume, Fruchtsträuch., Alleebäume, Rosen, Spargel-, Erdbeer-Heckenpflanzen usw. liefert laut Sorten- u. Preisverzeichn.
Aug. Hoffmann,
Baumschulen,
Gniezno. 5250

Fensterglas
in allen Sorten,
Glaserkitt,
Glaserdiamanten,
Bilderleisten
liefert **C. Zippert,**
Gniezno

Ein gut erhaltenes [539
Sofa, 2 Sessel,
zu verkaufen **Schmidt ul. Piotr. Wawrzyniaka 29 I,**
früher Kais. Friedrichstr.

Gottes Großmut.

Menschen teilen ihre Gaben aus nach Gunst und Gnade; vielleicht auch nach Verdienst und Würdigkeit: aber im gewissen Sinne hängt es doch immer ab von der Beschaffenheit des Empfängers und seinem Verhältnis zum Geber, wie sich das Geben gestaltet. Gott handelt anders: Er läßt seine Sonne aufgehen über die Bösen und über die Guten und läßt regnen über Gerechte und Ungerechte. Vor Gott ist kein Ansehen der Person, Gott macht keine Unterschiede; in seine Fürsorge ist sogar der Sperling auf dem Dache eingeschlossen, wi viel mehr jeder Mensch.

Die Tatsachen bezeugen das. Uns kurzsichtigen Menschen will das nicht immer so leicht in den Sinn: Warum geht es dem Guten nicht besser als dem Bösen? Warum muß der Gerechte auch leiden? Warum sitzt der Gottlose auch im Glück? Wir erleben es an Familien, an Völkern, daß, wie es ein gemeinsames Leid und Unglück gibt, unter dem auch seufzen müssen, die persönlich daran unschuldig sind, so auch ein gemeinsames Wohlergehen denen zu gute kommt, die es am wenigsten verdient haben. Das ist Gottes Großmut.

Und das gibt uns zu denken. Zunächst einmal muß uns denn zum Bewußtsein kommen, daß wir Gottes Handeln nicht immer nur bemessen müssen nach dem, was einem Einzelnen geschieht. Wir denken da über viel zu atomistisch; wir sehen den Einzelnen viel zu sehr als einen Einzelnen an; auch uns selbst. Und der Einzelne ist doch immer nur Glied einer Gesamtheit. Man muß aufs Ganze schauen, wenn man Gottes Tun begreifen will. Gott ist zu groß, als daß er in seinem Walten jene Unterschiede der Einzelnen machte, die wir machen — und machen müssen! Und dann: Gottes Walten läßt sich nicht messen an den kleinen Maßstäben menschlichen Urteils. Wir übertragen unsere Vorstellung von Gerechtigkeit auf Gott, wenn wir ihm zumuten, es dem Guten gut und dem Schlechten schlecht gehen zu lassen — und Gottes Art läßt sich nicht hineinzwingen in das Schema unserer Gedanken. Gott ist größer als unser Herz — ja auch größer als all' unser Verstehen und Begreifen. Darum ist auch sein Segnen und Wohltun von einer Größe, die wir nicht fassen. Nicht fassen, nein — und die doch uns die Weisung für unser eigenes Handeln gibt. — Erbitten wir uns von Gott jene große Liebe, die auch ihre Sonne scheinen lassen kann über Gerechte und Ungerechte.

D. Blau-Posen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 18. Februar.

Die unberechtigte Benutzung höherer Wagenklassen.

Infolge häufiger Beschwerden und Zweifel gibt die Direktion der polnischen Staatsbahnen bekannt, daß nach den Transportvorschriften im Falle der Ueberfüllung bestimmter Wagenklassen in einem Zuge die Reisenden die Fahrt in einer niedrigeren Klasse gegen Zurückzahlung des Preisunterschiedes im Wege der Reklamation benutzen können. In diesem Falle muß eine entsprechende amtliche Bescheinigung auf der Fahrkarte gemacht werden und diese dem Gesuch beigelegt werden. Bei Benutzung einer höheren Klasse ist der Preisunterschied nach dem Tarif zu zahlen. Gleichzeitig gibt die Direktion bekannt, daß infolge häufiger Uebertretungen das Eisenbahnministerium in der Ausgabe des neuen Personentarifs vom 1. Januar 1922 die Vorschrift aufgehoben hatte, nach der Reisenden, wenn sie sich beim Schaffner oder bei dem Stationsvorsteher meldeten, der Erwerb der Fahrkarte gegen einen Normalzuschlag von 80 Mark gestattet war. Es ist in dem neuen Tarif nur die Bestimmung geblieben, daß im Falle der Benutzung der Bahn ohne eine Fahrkarte jeder Reisende zur Zahlung des vierfachen Fahrpreises verpflichtet ist. Daher hat im eigenen Interesse die Eisenbahnstation zeitig darauf zu achten, daß die Fahrkarte auf den Abgangsstationen gekauft werden kann, da die Meldung beim Schaffner oder beim Stationsvorstand in keinem Falle eine Herabsetzung des vierfachen Fahrpreises zur Folge hat.

Die landwirtschaftliche Lehrlingsprüfung.

Die landwirtschaftliche Lehrlingsprüfung, auf die der Hauptverein deutscher Bauernvereine in der Nummer 37 d. Bl. hinwies, erstreckt sich auf folgende Gegenstände:

a) Die Lehrwirtschaft: Kenntnis der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse derselben (Größe, Lage, Gebäude, Bodenarten, Kulturarten, Umfang der Zug- und Nutzviehhaltung, Arbeiterverhältnisse (Löhne), Betriebsrichtung, Anbauverhältnis und Fruchtfolge; Ackerbestellung, Düngung, Aussaatmenge, Ernte; Arbeitsfolge; Nutzviehzweige und deren Richtung, Fütterung; Erträge aus dem Ackerbau und der Nutzviehhaltung; die zugekauften Futter- und Düngemittel; technische Nebenbetriebe; Sonderkulturen in der Lehrwirtschaft, falls vorhanden.

b) Hof und Speicher: Speicherarbeiten, Herausgabe von Vorräten (Futter, Dünger), Mengenschätzungen, Erkennen der wichtigen Erzeugnisse und Bedarfsartikel (Düngemittel, Futtermittel), Beurteilung ihrer Güte, soweit dies nach Augenschein möglich ist, Kenntnis der wertbestimmenden Punkte bei Erzeugnissen und Bedarfsartikeln; Einmieten der Hackfrüchte; Düngerstätte, Stalldüngerbehandlung auf der Düngerstätte, Düngerladen; Schätzung von Fudergewichten; Ordnung auf dem Hof und in den Wirtschaftsräumlichkeiten.

c) Maschinen, Geräte, Ackerwagen: Kenntnis ihres Zweckes, ihrer einzelnen Teile, des Zusammenhanges derselben, ihrer Leistungen, ihrer Handhabung, der Schutzvorrichtungen; praktische Vorführung der wichtigsten Maschinen und Geräte.

d) Zug- und Nutzvieh: Zugviehhaltung (Pferde, Zugochsen): Füttern, Putzen, Aufschirren, Anspannen, Fahren, Stallordnung; Nutzviehhaltung (Rindvieh, Schafe — soweit vorhanden —, Schweine): Rasse der gehaltenen Tiere, Beurteilung des Äußeren, Gewichtsschätzungen; die einfachsten Zuchtvorgänge; das Wichtigste aus der Gesundheits- und Krankenpflege; Schafschur, Wollerträge; das Zeichnen der Tiere, Stalleinrichtungen.

e) Acker und Wiese: Ackerarbeiten (Pflügen, Eggen, Walzen, Grubbern, Drillen usw.; Düngerarbeiten auf dem Feld (Düngerabladen, Dünger streuen [Stall- und Hausdünger]); Pflegearbeiten (Hacke); Erntearbeiten; Kenntnis der in der Lehrwirtschaft vorkommenden wichtigsten Unkräuter und Pflanzenkrankheiten, sowie der Maßnahmen zu deren Bekämpfung und Vorbeuge; das Saatgut — Beurteilung des Saatenstandes; Flächenschätzen, Flächenausmessen.

f) Das Umgehen mit den Arbeitern: zweckmäßige Anstellung und richtige Beauftragung und Beaufsichtigung der Arbeiter; Form und Ton des dienstlichen Verkehrs mit den Arbeitern; die richtige Beurteilung der Arbeitsleistungen menschlicher und tierischer Arbeitskräfte; das Zusammenwirken von Gespannen und menschlichen Arbeitskräften bei den verschiedenen Arbeiten (Düngerfahren, Einfahren der Ernte, Dreschen usw.); Arbeiterklassen, Löhne, Arbeiterverträge.

g) Buchführung und Geschäftsverkehr: Vorlegung selbstgeführter Bücher (des Taschenkalenders, der vom Lehrling in der Lehrwirtschaft geführten Register der Buchführung); Aufstellung einer Lohnliste; Anfertigung kurzer Geschäftsbriefe (Postanweisungen, Frachtbriefe, Anzeigen, Telegramme usw.)

h) Gesamteindruck des Lehrlings: Haltung, Charakter, dienstliches Auftreten.

Jugendtag in Rosenau.

Ein sehr schönes Fest durfte die Kirchengemeinde in Rosenau am Sonntag, 12. Februar, feiern. Der Gemeindekirchenrat hatte in Gemeinschaft mit den evangelischen Jugendvereinen zu einem Jugendtage eingeladen. Die Veranstaltung schien bei dem kalten Wetter ein Wagnis zu sein. Ein strahlend blauer Himmel begrüßte am Sonntag morgen die vielen Gäste, die von fern und nah sich einfanden. Im Gottesdienst sprach Pfarrer Schwerdtfeger über Offenbarung, Joh. 3, 11. Er stellte den einzelnen vor die Frage: was ist dein Leben wert? Bist du reich in Gott und beweist du dich in deinem Christentum? Der Gottesdienst wurde durch Gesänge des vierstimmigen Kirchenchores verschönt. Der Nachmittag brachte eine Gemeindefeier größeren Stiles auch wieder in der Kirche. Chorgesang wechselte mit von der ganzen Gemeinde gesungenen Liedern ab. Dazwischen wurden durch Mitglieder des Jungfrauenvereins Gedichte von Freiche vorgetragen. Ein Vortrag führte in die gegenwärtigen kirchlichen Verhältnisse ein und gab einen Überblick über den Stand der evangelischen Jugendbewegung. Ein Lichtbildervortrag über die Oberammergauer Passionsspiele erweckte das besondere Interesse der Zuhörer. Die Kirche war bis auf den letzten Platz gefüllt. Am Vor- und Nachmittag ergaben die Sammlungen den schönen Betrag von 4000 M. Davon werden 3600 M. für die Wolgadeutschen in Stralkowo bestimmt. Es trat bei diesem Jugendtage so recht die Eigenart evangelischer Jugendarbeit hervor, die nicht bei der äußeren Pflege der Jugend stehen bleibt, sondern der Jugend zur inneren Klarheit verhelfen und sie zu dem Heiland hinführen will. Dies geschieht nicht durch Vergnügungen und Belustigungen, die dem inwendigen Menschen nichts bieten, sondern durch Veranstaltungen, die bleibende Wirkung hinterlassen. Erfreulich ist, daß Verständnis hierfür auch in den Kreisen der Jugend sich bemerkbar macht, so daß diese Art der Arbeit keineswegs von außen an die Jugend herangetragen ist, sondern von ihr selbst gewünscht wird, man denke nur an die Jugendtagung des vergangenen Jahres in Marburg, wo dies Streben der modernen Jugend gewaltig zum Ausdruck gekommen ist.

Als Dienstabzeichen für Gerichtsvollzieher im ehemals preußischen Teilgebiet haben die Gerichtsvollzieher bzw. ihre Gehilfen nach Anordnung des Ministers außer der vorgeschriebenen Legitimation eine Mütze von grauer Farbe in der Form der Maciejowka mit grünen Rändern benäht mit Halbborte in grüner Farbe, auf der der weiße Adler angebracht ist, und versehen mit einer Schnalle aus silberner geflochtener Borte zu tragen.

Die Behandlung erfrorener Kartoffeln. Wieder zeitgemäß sind angesichts der heftigen Kälte nachstehende Mitteilungen und Ratschläge, die seinerzeit von der Abteilung für Pflanzenkrankheiten des früheren Kaiser Wilhelm-Instituts in Bromberg in der Presse gegeben wurden:

„Trotz sorgfältiger Aufbewahrung ist es in vielen Wirtschaften während der starken Frostperiode leider nicht möglich gewesen, die Kartoffeln ganz vor Frost zu schützen. Die Kartoffeln sind angefroren. Dies kennzeichnet sich dadurch, daß das Fleisch erweicht ist und sich eindrücken läßt. An und für sich wird der Gebrauchswert der Kartoffeln durch den Frost wenig verringert. Schneidet man solche Kartoffeln durch, so erkennt man ein weißes, gesundes, etwas wässeriges Fleisch. Die Kartoffel hält eine Temperatur bis —3 Grad aus. Eine gefrorene Kartoffel ist deshalb noch nicht erfroren. Gefrorene, nicht aber erfrorene Kartoffeln darf man nicht in einen warmen Raum und zum schnellen Auftauen bringen, denn dann erfrieren sie. Derartige Kartoffeln werden am zweckmäßigsten in kaltes Wasser gelegt, wo sie langsam auftauen. Bei erfrorenen Kartoffeln hat diese Maßnahme aber keinen Zweck. Aber auch erfrorene Kartoffeln behalten zunächst ihren Wert. Sie werden aber leicht von Fäulnisbakterien besiedelt und gehen dann durch Fäulnis zugrunde. Deshalb müssen sie schleunigst verarbeitet werden. Entweder werden sie möglichst schnell in der Wirtschaft verbraucht, oder wenn es sich um größere Mengen handelt, dann werden die Kartoffeln am zweckmäßigsten geschält, in Scheiben geschnitten und getrocknet. Die Trockenkartoffeln kann man sehr gut in der Wirtschaft verwenden. Nicht empfehlenswert ist es, sie zu Stärke zu verarbeiten, weil dadurch die Kartoffel zu wenig ausgenützt wird."

□ **Rawitsch**, 16. Februar. Nachdem die Stadtverordnetenversammlung selbst die am 6. November v. Js. vollzogenen Stadtverordnetenwahlen durch Beschluß vom 7. Dezember v. Js. für ungültig erklärt hat, ist die Neuwahl des Stadtparlaments auf Sonntag, 26. März, festgesetzt worden. Zu wählen sind 24 Stadtverordnete. — Über Brotpreiserhöhung schreibt die „Raw. Ztg.": Seit Montag verkaufen die hiesigen Bäcker das Brot wieder teurer. Da sie mit 200 M. für ein Vierpfundbrot nicht auf die Kosten kommen, verlangen sie jetzt 240 M., das ist eine Pfundpreiserhöhung von 50 auf 60 M. Begründet ist diese neue Steigerung durch das Teurerwerden des Mehls. Ein Keil treibt eben den anderen, die Schraube dreht sich lustig weiter auf Kosten der Festbesoldeten, die bei den Extraanforderungen, die der Winter an ihre schmale Kasse stellt, kaum mehr ein noch aus wissen, und zur Verzweiflung derer, die ohne Verdienstmöglichkeit dem Hunger ins grinsende Antlitz blicken. Wenn man den Gründen zu dieser neuen Preiserhöhung nachgeht, kommt man auf sonderliche Gedanken. Der Bäcker muß das Mehl der Mühle teurer bezahlen, die Mühle kauft das Getreide vom Landwirt teurer ein. Warum steigen die Getreidepreise? Wegen der langsam einsetzenden Knappheit der Getreidevorräte oder wegen der Daninaabgabe, die nach der Meinung des Gesetzesschöpfers den Landwirt gerade zur billigeren Abgabe seiner Produkte veranlassen sollte.

* **Obornik**, 16. Februar. Am 25. Februar findet hier im Schützenhause eine Theatervorstellung zum Besten des Frauenvereins statt. Zur Aufführung kommt der Blumenthal-Kadelburgsche Schwank „Der Herr Senator", in dem einige Kräfte des Posener Theatervereins mitwirken werden. Nach der Aufführung ist ein geselliges Beisammensein mit Tanz vorgesehen. Ein etwaiger Überschuß ist für wohltätigen Zwecke des Evangelischen Frauenvereins bestimmt.

hm. **Buk**, 16. Februar. Im Vorwerk Szewce wurden in der vergangenen Nacht zwei Ochsen gestohlen. Die Diebe sind unerkannt entkommen. Auf ihre Ergreifung ist eine hohe Belohnung ausgesetzt. — Der Gutsbesitzer Zühlke in Buk verkaufte seine Grundstücke mit sämtlichem Inventar an die Gebrüder Korabkowski. Das Gut ist eine Musterwirtschaft im wahren Sinne des Wortes. Z. wird nach Deutschland auswandern. Die evangelische Kirchengemeinde verliert in ihm eins ihrer angesehensten Mitglieder; er war seit langer Zeit stellvertretender Vorsitzender des Gemeindekirchenrates und hat als solcher in hervorragender Weise der Gemeinde in unerschütterlicher Treue seine ausgiebigste Arbeitskraft gewidmet.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

□ **Warschau**, 14. Februar. Wie die „Rzeczpospolita" berichtet, macht sich seit einiger Zeit ein Zustrom von Sacharin aus Danzig bemerkbar, das vorzugsweise nach Warschau hinübergeschmuggelt wird. Trotz der genauen Revision in Dirschau gelingt es den maßgebenden Behörden nicht immer, die Ware zu beschlagnahmen. Gewöhnlich würden diese Kleinwaren im Schlafwagen hinübergeschmuggelt.

* **Krakau**, 14. Februar. Hier herrscht seit längerer Zeit die Blattern-Epidemie. Es sind bereits einige Todesfälle vorgekommen. Die Krankheit verbreitet sich hauptsächlich in den Vorstädten. Neben ihr tritt weiterhin die Grippe auf.

Aus Flaischlens Nachlaß.

Von Dr. Gottschalk, Poznań.

Als Lindau den zweiten Teil von „über unsre Kraft" inszenierte, ließ er vor Beginn des vierten Aktes einen Rosenvorhang herabrollen und das Engelsterzett aus „Elias" hinter der Bühne singen — ein Symbol für die Welt der Schönheit und Reinheit, auf die der vierte Akt des Dramas hinweisen sollte; ein Symbol aber auch für die gewaltige Kluft, die zwischen der Welt des dritten und vierten Aktes gähnte.

Einen solchen Rosenvorhang muß man vor unsrer Welt, wie sie jetzt ist, herabrollen lassen, wenn man Flaischlens Nachlaßbuch aufschlägt. (Mandolinchen, Leierkastenmann und Kuckuck. Ein Liederbuch von Sehnsucht und Erfüllung.)

Da sind sie wieder jene lieblichen und doch so tiefernsten Klänge — die in ihrem Ernst nur deshalb nicht genügend gewürdigt werden, weil sie in so anmutiger, scheinbar nur die Oberfläche streifenden Form ertönen. Da ist sie wieder, die Welt der Schönheit, die Welt der Reinheit und des Idealismus; die Welt der gottinnern Frömmigkeit und frommen Gottinnerlichkeit; die Welt der Sehnsucht und doch der Tat; des Eigenwillens und der siegtrotzigen Kraft; die Welt der Freude an der Natur; der Freude an der zartinnigen Liebe. Auch in dem letzten Buche zeigt uns der Dichter, daß — wie Natorp über Tagore schreibt — „doch nicht so ganz mehr . . . ohne Göttliches unser Geschlecht lebt, Seele und Liebe in ihm erstorben sind." Heines Süße — mit der Schwere Ibsens und Nietzsches verbunden —, sie lebt in Flaischlen abermals auf. Er ist der rechte Erzieher der Jugend, gerade weil er in der Form so natürlich und doch im Wesen so tiefernst ist; weil er mit seinem Herzblut geschrieben; weil er erfahren, was er besingt; weil er erlitten, was er gedichtet.

Er ist der rechte Dichter der Zeit, denn er kündet immer wieder den Optimismus, d. h., wie er mir selbst einmal schrieb, „eine über das Niederdrückende des Lebens hinaustragende Lebenszuversicht". Diese Zuversicht, dieses Vertrauen, diesen Glauben an das Leben trotzalledem — daß er sie besungen, ist um so ergreifender, als ihn das Leben scheinbar anderes gelehrt. Gerade dadurch aber wirkt er so wahr, so überzeugend und nachhaltig. Man lerne ihn kennen — man lerne ihn lesen — man wird ihn schließlich auch lieben lernen.

So grüßt er in seinem Nachlaßbuch das neue Jahr:

„Das Jahr hat keine Macht darüber,
ob es heller oder trüber,
ob es Sturm ist oder Ruh:
das Jahr bin ich, das Jahr bist du!
Und was wir wollen, wills und gilts,
und was wir schaffen, das erfüllts!"

So stellt er uns wie immer in seinen Büchern auf uns selbst. Daß er damit aber nur das Beste aus uns herauslocken, das Leben uns nicht leichter, sondern schwerer machen, nur das Göttliche in uns freimachen will, das Endliche zurückdrängen und das Unendliche vor uns ausbreiten: wer hört es nicht wieder aus seinem Worte:

„Was wir sind und was wir leben,
es ist nur ein Nu und Nichts . . . . .
Aber in der Flucht der Dinge,
was uns wert scheint, festzuhalten
und zu Ewigem gestalten:
Das ist unsre selbsterrungne eigne
Gottesschöpferkraft."

Er glaubte an den Menschen, er glaubte an das Leben, und er glaubte an sein Land. Es klingt bitter, aber doch nicht ganz unwahr, wenn er feststellt:

„Wie ihr Geld, so die Welt.
Früher schmuckes, reinlich stolzes Gold und Silber . . .
nun Papier: zerlumpt und dreckig,
bündelweise und nichts wert."

Aber es klingt doch auch wieder so zukunftsgläubig; es weist uns so eindringlich auf den wahren Quell unsrer Größe hin; es reißt uns über alle Demütigungen der Tage wieder hinauf zu jener Höhe, auf welcher sie alle, unbesiegt thronen: die Helden des Geistes, die Helden der Kunst — wenn Flaischlen, tröstend und mahnend, es singt:

„Höher immer in die Höhe,
tiefer in die Tiefe ringend,
unermüdet, unvergällt . . .
bleibt trotz Haß und Hohn
die Fülle deutscher Art und Kraft
der stille . . . Sauerteig der Zukunftswelt."

Scherz und Ernst.

Zehn Gebote zur Lahmlegung des Vereinslebens veröffentlicht das „Allgemeine Rechtsblatt". Diese Gebote, die so recht die traurige Tatsache beleuchten, daß das Streben so manches allgemeinnützigen Vereins oft von seinen eigenen Mitgliedern boykottiert wird, lauten: 1. Besuche keine Vereinsversammlungen. 2. Wenn du kommst, so komme zu spät. 3. Wenn das Wetter schlecht ist, so komme natürlich nicht. 4. Wird eine Versammlung vorbereitet, so erkläre die vorbereitenden Arbeiten des Vorstandes und der anderen Mitglieder für verkehrt. 5. Nimm nie ein Amt an, da es leichter ist, zu kritisieren, als selbst Arbeit zu leisten. 6. Trotzdem sei gekränkt, wenn du zur Mitarbeit im Ausschuß nicht aufgefordert wirst. Ist dies aber der Fall, so gehe nicht zu den Sitzungen. 7. Wenn der Vorsitzende dich um deine Meinung fragt, so sage, du habest nichts zu bemerken. Nachher erzähle allen, wie es hätte gemacht werden müssen. 8. Tue nur das absolut Notwendige, wenn aber andere Mitglieder selbstlos Zeit und Arbeit für die Sache einsetzen, so klage über Kliquenwirtschaft. 9. Bezahle deinen Beitrag möglichst spät oder überhaupt nicht. 10. Kümmere dich möglichst wenig um Werbung neuer Mitglieder. Laß dies Müller tun.

Englischer Humor. Eine Frau vom Lande ging in einen Musikladen und begehrte ein Klavier zu kaufen. „Welcher Art soll es sein?" fragte der Händler. „Das ist einerlei," erklärte die Frau, „es muß nur recht stark sein." Nachdem sie die Wahl getroffen und den Preis erfahren hatte, fragte sie: „Ist das Klavier versichert?" „Das besorgt eigentlich der Käufer," erhielt sie zur Antwort, „aber um den Kauf abzuschließen, wollen wir das Instrument versichern und alles Risiko übernehmen." „Das ist gut," nickt die Frau zufrieden, „denn sehen sie, mein Mann hat gesagt, wenn ich ein Klavier ins Haus brächte, würde er es mit einer Axt kurz und klein schlagen."

Schwedischer Humor. Ein alter Bauer lag auf den Tod und erklärte seiner Frau, wie er alles nach seinem Tode geordnet haben wollte. „Vergiß nicht, Marie," murmelte er, „daß mir Johannsson 25 Kronen schuldig ist." „Hört bloß," sagte seine Frau zu den Nachbarn, die sich versammelt hatten, um ihre Trauer zu teilen, „wie umsichtig er bis zuletzt ist." „Und vergiß nicht, Marie," fuhr der Sterbende nach einer Weile fort, „daß ich dem alten Pettersson 50 Kronen schulde." „Armer Jonas-Petter," sagte die Frau des Kranken, „jetzt redet er wieder irre."